

► ZUR DISKUSSION:

Die Kriegsgefahr im Nahen Osten

Die Mission von Generalsekretär Annan andete mit einer Vereinbarung, in der sich der Irak einverstanden erklärte, die Auflagen der UNO zur Durchführung der Waffeninspektionen zu erfüllen. Damit schien die Kriegsgefahr abgewendet zu sein. Die irakische Regierung erhielt mit der Vereinbarung die Zusicherung der UNO, daß keine feindlichen Aktionen gegen den Irak als Staat durch geführt würden, die UNO respektiert Souveränität, Integrität und nationale Sicherheit des Irak. Schon die Beratung im Sicherheitsrat der UNO ließ die Gegensätze wieder deutlich werden: Drei Mitglieder des Sicherheitsrates – Frankreich, China und Rußland – unterstützten den irakischen Standpunkt, daß die USA nicht gleichzeitig Gegner und Schiedsrichter im Konflikt mit dem Irak sein dürften. Wir – so sagen die USA – werden nicht hinnehmen, wenn der Irak die Bedingungen nicht erfüllt. Mit anderen Worten: der Irak soll sich den USA fügen und die USA bestimmen, wann das Embargo aufhört. Keines der Probleme, um die es in diesem Konflikt in Wirklichkeit geht, ist einer Lösung näher gekommen. Die Ziele der USA sind unverändert: das derzeit gegen sie gerichtete politische System des Irak mit Saddam Hussein an der Spitze muß verschwinden, und solange das nicht der Fall ist, bleibt das Embargo nach Meinung der USA. Irak stellt dem gegenüber: das ist nicht der Inhalt der Vereinbarung, widerspricht internationalem Recht, ist das Gesetz des Dschungels.

Warum die Kriegsdrohungen der USA?

Die neue Resolution des Sicherheitsrates bestätigte die Vereinbarung des UNO-Generalsekretärs mit Bagdad trotz des Drucks von Großbritannien und den USA, daß der Irak mit den ernstesten Folgen rechnen müsse, falls er die Auflagen nicht erfüllt. „Ernsteste Folgen“, das heißt, die USA bestimmen über Krieg am Golf. Die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates widersprachen dem und erklärten, es gebe keine Angriffsautomatik.

Der Konflikt um die Waffeninspektionen ist nur Vorwand für die USA und dient dazu, ihren militärischen Aufmarsch vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Tatsächlich haben sie schon seit längerem Vorbereitungen getroffen und „moralische“ Rechtfertigungen verbreitet - Saddam Hussein wurde zur „Weltgefahr“ hochstilisiert, Irak besitze Massenvernichtungsmittel, die die ganze Menschheit vernichten könnten. Die Antwort aller arabischen Staaten war, sie wollten keinen Militärschlag der USA. Nicht einmal die israelische Regierung, deren Staat als einziger in der Region über Atomwaffen verfügt (Netanjahu hat auch damit gedroht), glaubt in Wirklichkeit an einen Giftgasangriff, was angesichts der militärischen Überlegenheit der USA und Israels schon folgerichtig ist.

Die Wahrheit ist woanders zu suchen: Es geht um das Interesse der USA, ihre Hegemonie im Nahen Osten aufrecht zu erhalten, und dazu gehört auch das irakische Öl. Die USA bemühen sich um die Sicherung einer Ordnung ihnen höriger arabischer Staaten und Regierungen. Dabei ist der Irak im

Weg und muß auch um den Preis eines Krieges unter Kontrolle der USA gebracht werden. Der Irak hat nach Saudiarabien die größten Ölreserven der Welt (amerikanische Experten vermuten, daß der Irak sogar über größere Ölreserven verfügt als Saudiarabien. Kann der Irak sie nutzen, gibt ihm das Vertragsmöglichkeiten mit China, Rußland u.a.). Daher das Interesse Rußlands, das die Souveränität des Iraks in der Uno verteidigt (und deshalb die Politik der USA gegen eine solche Entwicklung).

Irak auf der anderen Seite versucht, das Embargo abzuschütteln, zumindest zu lockern, um die Bevölkerung ernähren zu können. Daß **infolge** der Embargomaßnahmen die Ernährung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist, hat der Sicherheitsrat sich schon zweimal eingestanden. Zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit wurde das Programm »Öl gegen *Nahrungsmittel*« aufgelegt und jüngst noch einmal erweitert.

Die Folgen des Embargos sprechen auch hier eine deutliche Sprache: die Zahl der Opfer seit dem Golfkrieg wird auf annähernd eine Million Menschen, darunter vor allem Kinder, geschätzt, »das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist seit Ende der achtziger Jahre von 4150 auf 795 Dollar zurückgegangen. Die Inflation stieg von 42 auf 225 Prozent und die Auslandsverschuldung von 42 auf 99 Milliarden Dollar«. (FAZ, 252.98)

Die politische Gefahr

Auch unter der Bevölkerung der Golfstaaten breitet sich anti-amerikanische Stimmung aus: warum zu allem Ja sagen, was die USA wollen? Ja sagen zu Entscheidungen, die in der Regel nicht in unserem Interesse sind? Insofern hätte ein Erfolg der irakischen Politik Vorbildfunktion. In den 70er Jahren konnten Widerstandsbewegungen am Golf nur mit Hilfe ausländischer Militärs niedergeschlagen werden. Die US-Regierung befürchtet, Irak könnte die Führung im Lager der Golf-Staaten und darüber hinaus im arabischen Lager des Nahen Ostens übernehmen.

US-Politiker erklären, die Grundlage der amerikanischen Politik gegenüber Irak sei die Annahme, daß die Regierung in Bagdad nicht das Ziel aufgegeben habe, die dominierende Macht am Golf zu sein, und daß sich dies nicht ohne eine Strafaktion verhindern lasse. Solange Saddam an der Macht bleibe, bleibe das Embargo, hat auch die US-Außenministerin Albright erklärt. Es geht also gar nicht um Massenvernichtungsmittel (die es im Irak vielleicht gar nicht mehr gibt – die aber von den USA im Vietnam-Krieg eingesetzt wurden). Ein weiteres Ziel der USA: Sie wollen die Ölpreise bestimmen, indem Irak solange vom Ölmarkt ferngehalten wird, wie die USA von der bestehenden Konstellation am Golf am meisten profitieren. Den Marktanteil Iraks hat Saudiarabien seit 1991 übernommen, nämlich 3,1 Mill. barrel pro Tag – vor dem Krieg hatte Saudiarabien eine Tagesproduktion von 5, heute von 8,1 Mill. barrel. Die Regierungen der Golfstaaten importieren in steigendem Maße Waffen und

Gerät aus den USA. Auch Israel partizipiert über US-Milliardenkredite an den Profiten aus dem US-Ölgeschäft.

Mittels der wirtschaftlichen Blockade versuchen die USA heute, beide Golfstaaten so niederzuhalten, daß sie auf die Entwicklung am Golf keinen Einfluß nehmen können (double containment). Auf der anderen Seite bauen sie ihre militärischen Befestigungen in Saudiarabien aus, um notfalls militärisch eingreifen zu können. Während der Iran sich trotz des Embargos wirtschaftlich entwickelt, weshalb diese amerikanische Politik im Westen umstritten ist, schädigt das Embargo den Irak schwer. Aber auch hier zeigt sich, daß der status quo, die Verhinderung jeglicher Entwicklung des Irak, auf Dauer kaum zu halten ist.

Das Dilemma der US-Politik

Anfang des Jahres kam ein Gutachten des CIA zu dem Schluß, daß die jüngsten militärischen Aufmärsche der USA Saddam Hussein zum politischen Sieger gemacht hätten. Es zeigt sich, der status quo nach dem Golfkrieg hat sich zu Ungunsten der USA verändert. Die großen damaligen Versprechungen Amerikas auf faire Partnerschaft mit der arabischen Welt und eine neue Nah-Ost-Politik sind gründlich enttäuscht worden. Was mit der Anerkennung eines palästinensischen Staates mit Arafat an der Spitze beginnen sollte, hat heute alle Ähnlichkeit mit der gescheiterten südafrikanischen Politik der Homelands. Und die USA stützen diese israelische Politik. Die einstigen Verbündeten der USA von 1991 sind – jedenfalls was die arabischen Verbündeten angeht – heute gegen militärische Maßnahme der USA gegen den Irak. Die Bevölkerung des Irak steht heute, wie alle Berichte bestätigen, geschlossener denn je hinter dem Regime von Saddam Hussein, das sich gegen den Zugriff der USA wehrt.

Bei den Massen in allen arabischen Ländern ist die Sympathie gerade wegen des Widerstandes gegen die USA (und Israel) größer geworden und hindert auch westlich orientierte arabische Regime an einem Schulterschuß mit den USA gegen den Irak. Regierungen wie die von Ägypten und Jordanien, die Friedensverträge mit Israel haben, stehen unter dem Druck ihrer Bevölkerung. Die diplomatische Unterstützung Iraks durch die russische Diplomatie (Besuch und Verhandlungen Primakows und Sjuganows in Bagdad) hat der russischen Außenpolitik im Nahen Osten – anders als ihre indirekte Unterstützung der USA 91 – und dem Irak Sympathie eingebracht.

Das Abkommen von Oslo, das den Eindruck erwecken wollte und sollte, als ob die USA die brennenden Fragen der Weltpolitik friedlich lösen könnten, ist de facto gescheitert. Dadurch, daß zentrale Probleme – wie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge – ausgeklammert und andere sogar verschärft wurden, ist die Gefahr eines neuen Krieges im Nahen Osten wieder näher gerückt. Das Scheitern des sogenannten »Friedensprozesses« seit Oslo hat Auswirkungen weit über die Grenzen Israels mit Palästina hinaus, denn den verarmten arabischen Bevölkerungen wird die Doppelzüngigkeit der USA-Politik und Diplomatie deutlich vor Augen gebührt: ihren imperialistischen Interessen entspre-

Als Reaktion auf die wachsende Unruhe und Gegnerschaft zur imperialistischen Politik, die ihren Ausdruck findet im Wachstums militanter islamischer Bewegungen, sind die arabischen Regierungen und Staaten gezwungen, auf Distanz zur US-Politik zu gehen. So erklärten sich die arabischen Staaten in ihrer Mehrheit nicht einverstanden mit militärischen Maßnahmen der USA gegen den Irak.

Das kam u.a. zum Ausdruck in den Verhandlungen und Reisen des irakischen Außenministers nach Kairo und Damaskus, deren Legierungen 1991 die USA und deren Verbündete direkt oder passiv gegen den Irak unterstützt hatten. Das zeigte sich auch in der Nichtteilnahme an der Wirtschaftskonferenz in Qatar, die von den USA einberufen worden war. Sogar mit den USA wirtschaftlich, militärisch und finanziell verbündete Staaten wie Marokko, Saudi-Arabien, Tunesien und die Emirate blieben fern. Ihre Begründung für die Nichtteilnahme: Der Boykott Israels im Friedensprozeß und die Nichteinhaltung der Abmachungen von Oslo durch Israel. Der Irak und Iran waren nicht eingeladen, aber die Türkei, die ein Militärbündnis mit Israel hat, hinter dem die USA steht. Das waren schon Anzeichen einer Zuspitzung sowohl der inneren Spannungen in den arabischen Staaten, als auch der zwischen den arabischen Staaten und den USA.

Die USA sind gezwungen, Israel zu unterstützen und zu verteidigen, da es nach dem Sturz des Schah-Regimes im Irak 1979 nach wie vor der einzige zuverlässige Bündnispartner bleibt. Aber gerade weil sie dies tun, ist ihr Spielraum gegenüber den arabischen Staaten so gering, deren Regierungen wiederum auf einem sozialen Pulverfaß sitzen, das sich leicht an der palästinensischen Frage entzünden kann.

Die Bombardierung Bagdads und anderer irakischer Städte im Krieg 1991 durch die US-Luftwaffe ist der irakischen Bevölkerung gegenwärtig. Die USA haben mit der Zielgenauigkeit ihrer Raketen und Bomben geprahlt und ihrer angeblich humanen Kriegführung, die die Zivilbevölkerung schonen würde. Die Bombardierung des al Amiriy Schutzbunkers forderte fast 1000 Opfer, meistens Frauen und Kinder. Auch die Bombardierung der Brücken über den Tigris mitten im Menschengewühl straft die Behauptungen der US-Militärs Lügen. Das sind nur zwei Beispiele. Der Bombenkrieg der westlichen Alliierten gegen deutsche Städte (Dresden, Berlin, Hamburg u.a.) im zweiten Weltkrieg hat nicht etwa zum Zusammenschluß der Bevölkerung gegen die Nazis geführt, sondern die betroffene Bevölkerung (vor allem der Arbeiterviertel) war, soweit sie überlebt hatte, mit der Bergung der Toten und Verletzten und der Sicherung der dürftigen Lebensgrundlagen beschäftigt und von leidgeprägtem Haß gegen die Bombenflugzeuge und die Folgen des Bombenkrieges gegen die Städte erfüllt – das haben sich die Nazis und ihre Behörden zu Nutzen gemacht. Ohne daß wir etwa die Verhältnisse in Nazi-Deutschland mit denen im Irak vergleichen wollen, ist die Reaktion der irakischen Bevölkerung auf die Bombenangriffe ähnlich gewesen.

Arbeiterpolitik

Krieg gegen Irak?

Ein Krieg gegen den Irak, der über einen begrenzten, wenn auch mit großen Zerstörungen und Opfern unter der Zivilbevölkerung verbundenen Luftkrieg hinausgehen würde, wurde bereits 1991 erwogen und verworfen, weil die Erinnerung an den verlustreichen Vietnamkrieg und seine Folgen tief in der amerikanischen Bevölkerung sitzt und sie in zwei Lager spaltet.

Nach dem Golfkrieg hat sich der damalige US-Außenminister Baker zu der Kritik mancher führender US-Militärs und Diplomaten geäußert, die meinten, die Golfkriegs-Koalition 1991 hätte Saddam Hussein kippen müssen, auch wenn das bedeutet hätte, bis nach Bagdad zu marschieren. Ein Vorrücken bis nach Bagdad wäre, auch wenn Saddam Hussein die Niederlage nicht überlebt hätte, falsch gewesen und die Entscheidung, den Krieg zu beenden, richtig, denn

- es seien im Irak im Unterschied zum Krieg in Panama, wo Noriega erst nach 15 Tagen gefaßt worden sei, größere Verluste für die US-Truppen zu erwarten gewesen.

- Selbst wenn die USA Saddam gefaßt hätten, wären die Konsequenzen einer militärischen Besetzung und Befriedung des Landes unabsehbar gewesen. Es gab keine regierungsfähige Opposition zu Saddam, und die US-Militärs hätten weiter dableiben müssen.

- Teheran hätte großen Nutzen von einer Besetzung gehabt und mit Unterstützung durch die Schiiten im Irak ihr Regime exportieren können. Eine Zerstörung wie im Libanon lag nicht im Interesse der USA.

- Im übrigen wäre die Koalition zerfallen, denn der UN-Beschluß lautete: Kuwait verteidigen. Ein Mehr hätte demonstriert: der amerikanische Imperialismus fuhr seinen Krieg. Daher müsse die Koalition bewahrt und der Irak unter Kontrolle gehalten werden.

Diese von Baker dargestellte Situation hat sich in ihren Grundzügen auch sechs Jahre später nicht geändert. Natürlich könnten die USA auch heute den Irak in einem Landkrieg erobern und das Saddam-Regime beseitigen. Aber es stellt sich heute wieder die Frage: was dann?

So bleibt als Hoffnung für die USA eigentlich nur, daß eine prowestliche Gruppe aus dem Militär sich an die Macht putscht und mit dem Westen und insbesondere den USA kooperiert, wie das auch unverhohlen von amerikanischen Politikern geäußert wird. Allerdings dürfte diese Hoffnung eher Wunsch bleiben als Wirklichkeit werden. Die USA setzten schon 1991 ihre Hoffnungen im Irak auf ein Militärregime, das sich ihnen als willfährig erweisen sollte. Führende irakische Militärs, die dazu bereit waren, wurden damals - wie auch die westliche Presse berichtete - hingerichtet. 1997 wurden einige führende Militärs, die nach Jordanien geflohen waren, zurückgeholt und exekutiert. Die irakische Opposition im Ausland ist zersplittert und ohne Perspektive.

Die USA stecken in einem tiefen Dilemma und es ist nicht absehbar, wie sie sich daraus befreien wollen. Jedoch gilt festzuhalten: als entscheidende militärische, wirtschaftliche und politische Führungsmacht sind sie gezwungen, im Nahen Osten ihre Interessen und die der westlichen Welt zu sichern. Je konsequenter sie dies tun, desto unausweichlicher ist ein militärisches Eingreifen - und auch das wird nicht das Ende des Konfliktes sein.

Sicherheit für die israelische Bevölkerung...

... fordert der israelische Ministerpräsident Netanjahu (ebenso wie seine Vorgänger aus der Arbeitspartei) von Arafat und der übrigen Welt. »Sicherheit« hätte der Zionismus den vier Millionen Juden in Israel gebracht, konnte man auch in manchen linken Kreisen hören. So hieß es in der Zeitschrift »Sozialismus« (10/93) nach der gegenseitigen Anerkennung Israels und der PLO im September 1993, man »hofft, daß **jetzt ein neues Blatt in der Geschichte... aufgeschlagen ist...**«, arabische Regime würden nun »**hoffen, daß durch diesen Frieden (!) und die Befreiung der Palästinenser (!) ihre Regime stabilisiert werden...**«.

Sicherheit und Stabilität dadurch, daß der israelische Staat trotz aller möglicher Abkommen die palästinensische Bevölkerung einer brutalen Besatzungspolitik unterwirft und ihr elementare Rechte vorenthält?

Der Mythos von der angeblich bedrohten Sicherheit durch die arabischen Staaten ist so alt wie der Staat Israel: Schon in den 50er Jahren wurde dieser Mythos durch das Bekanntwerden der Tagebücher Sharets zerstört. Sharett war der Nachfolger Ben Gurions als Premierminister, der wegen der Aktivitäten der israelischen Geheimdienste (u.a. in Ägypten) zurücktreten mußte. Diese Aktivitäten sollten - ähnlich wie die jüngsten geheimen Aktionen in Jordanien gegen einen führenden Palästinenser - sowohl bei der jüdischen Bevölkerung Israels wie in der Welt den Eindruck erwecken, daß die Sicherheit Israels bedroht sei.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Aus »Land für Frieden« ist Schacher um noch mehr Land für jüdische Siedler in den besetzten Gebieten geworden. »**Darum geht es in Wahrheit**«, schreibt die »Welt« vom 3. Januar 98 - »**die Umkehr der Regel 'Land gegen Frieden' in 'Land und Frieden für Israel'**«. Netanjahu ist, um sein Kabinett zusammenzuhalten, auf die Stimmen der Ultraorthodoxen angewiesen, aber jedes finanzielle Zugeständnis an die rechten Siedler verschärft nicht nur die Spannungen mit der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in Israel selbst.

Das israelische Infrastrukturministerium unter Leitung des erzreaktionären Ministers Scharon (ehemals Arbeitspartei), des »Kriegshelden« aus dem Krieg gegen die Palästinenser im Libanon, investiert verstärkt in alte und neue israelische Siedlungen, deren Bau oder Erweiterung nach wie vor nur durch die Enteignung palästinensischen Bodens und Zerstörung palästinensischer Häuser möglich wird. Die neuen Siedlungen werden durch »Bypassroads« miteinander verbunden, deren Benutzung teilweise für Palästinenser verboten ist. Das Genehmigungsverfahren für Passagierscheine wurde sogar verschärft, die Grenzen zwischen der Westbank und Gaza, Jerusalem und Israel noch weniger durchlässig. Palästinensische Bauern, die ihre Produkte in einer anderen Stadt oder in einem anderen »autonomen« Gebiet auf dem Markt anbieten wollen, werden 3 bis 4 mal von israelischen Militärs und Polizeistreifen kontrolliert oder aber sie dürfen überhaupt nicht passieren, weil wieder einmal ein Gebiet aus Gründen der »Sicherheit« abgesperrt ist. Das hindert den inneren Warenverkehr und Handel und unterwirft die palästinensische Wirtschaft im Vergleich zur israelischen, die sich ungehindert bewegen kann, schwerwiegenden Konkurrenzschicksalen.

Die soziale Lage der palästinensischen Bevölkerung hat sich durch diese Politik der Absperrungen und Zerstücker-

lung der palästinensischen Gebiete weiter verschlechtert, mit der Folge, daß die Desillusionierung über die sogenannte »Friedenspolitik« in großen Teilen der palästinensischen Bevölkerung zu einer explosiven Stimmung geführt hat. Selbst in konservativen israelischen Tageszeitungen (z.B. Jedioth Acharonot, Tel Aviv) werden zunehmend Befürchtungen laut, daß in der Westbank und im Gazagebiet bald wieder Aufstände ausbrechen könnten.

Selbst wenn es den USA gelänge, Netanjahus und Arafats politisches Gefolge zur Unterschrift unter ein neues »Friedensabkommen« zu bringen (bei entsprechendem finanziellem und politischem Druck), so bedeutet das keineswegs, daß Frieden im Nahen Osten ausbrechen würde. Im Gegenteil: Man denke nur an die Frage, was bei einem jetzt in die Diskussion gebrachten, angeblichen Abzug der israelisch ausgerüsteten und geführten Besatzungsmacht aus dem Süd-Libanon mit den von Israel ausgehaltenen Söldnern unter dem General LAHAV werden soll. Oder die Auswirkungen auf die innere Lage in Israel, wenn jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten tatsächlich geräumt werden müßten?

Zur Rolle der BRD: »Was redet er (Kinkel) da?«

Der irakische Außenminister Azis hat dem „Spiegel“ (10.98) u.a. erklärt: »Besonders enttäuscht sind wir in der jetzigen Krise aber auch über die Deutschen. Es gibt keine ernsthafte Kontroverse zwischen unseren beiden Ländern, trotzdem hat sich Deutschland besonders feindselig gegenüber dem Irak geäußert.« **Auf die Frage, wie er sich das erkläre, antwortete Azis:** »Ihr Außenminister sagt, die Sanktionen könnten aufgehoben werden, wenn der Irak endlich die UNO-Resolution erfüllt. Was redet er da? Wir wissen, daß die deutschen Mitglieder der UNSCOM-Gruppe, alles vorzügliche Experten, ihrer Regierung und den deutschen Geheimdiensten vor langer Zeit berichtet haben, daß der Irak nicht mehr im Besitz verbotener Waffen ist.«

Abgesehen davon, daß auch in der Bundesrepublik die Wahrheit bekannt ist, aber verschwiegen wird, um es mit den USA nicht zu verderben, ist diese Politik sogar vom Standpunkt der herrschenden Klasse in Deutschland ihren wirtschaftlichen Interessen abträglich. Das zeigt, wie weit die Unterwürfigkeit gegenüber den USA hierzulande geht: Aus wirtschaftlichen Gründen müßten sie die Aufhebung der Sanktionen fordern, um den arabischen Markt und den irakischen Ölreichtum für die Entwicklung ihrer Geschäfts- und Handelsbeziehungen zu nutzen. Das macht vor allem Frankreich, aber es »gaben sich auch Geschäftsleute aus zahlreichen Ländern (darunter vor allem aus Rußland) in Bagdad die Klinke in die Hand, um die geschäftlichen Weichen für den Tag zu stellen, da die Sanktionen aufgehoben bzw. gelockert werden sollten. Deutschland enthielt sich dieser Art geschäftsmäßiger Annäherung.« (Udo Steinbach, Der Nahe Osten in der deutschen Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, März 98)

Die Polarisierung im UNO-Sicherheitsrat ist Ausdruck der beginnenden weltpolitischen Polarisierung. Die Krise im Nahen Osten zeigt, daß die Krise zwischen dem Westen und Rußland akuter wird. Nicht, daß die weltpolitische Krise sich wegen des Irak zuspitzt – die Irak-Krise ist nur ein Element der weltpolitischen Krise. NATO-Erweiterung, erneute militärische Aufrüstung und Modernisierung der Rüstung im Westen und auch die politische Krise der BRD sind Anzeichen für Kriegsvorbereitungen zur Sicherung des »Standor-

tes Deutschland« und Europas für den Westen. Die BRD hat dabei eine wichtige Funktion.

Die Wehrkundetagung der NATO in München...

...gehört auch zu den Kriegsvorbereitungen. Die Vertreter der USA redeten mit den »Verbündeten« Fraktur, sie mögen endlich die von ihnen geforderte Haltung annehmen! Entsprechend ihrer Rangordnung in der Treue zu den USA befolgten sie das Kommando. Kohl war der erste und bemühte sich vor anderen »Verbündeten«, den amerikanischen Wünschen Folge zu leisten. »Für den Fall, daß ein militärischer Schlag unabwendbar sein sollte, hat Bundeskanzler Kohl den USA die 'volle politische Unterstützung' und Nutzung ihrer militärischen Einrichtungen in Deutschland zugesichert« (s.o.).

Wie der Herr, so das Geschärr. Die SPD beeilte sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihrer Tradition treu zu bleiben: wenn das Vaterland ruft, sind sie zur Stelle. So wie 1914, wie 1918, wie beim Aufbau der Reichswehr in Weimar, mit deren Infrastruktur der Krieg gegen Polen und die Sowjetunion geführt wurde, und wie bei der Wiederaufrüstung der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus dem »Ohne uns« das »Mit uns«; nur zur Verteidigung der Bundesrepublik sollte die Bundeswehr in den ersten Jahren dienen. Und jetzt »out of area«, die SPD an der Seite der Bundesregierung und der USA! Rühle sagte schon voraus, daß der Schlag diesmal stärker werden würde als 1991. Damals zahlte die BRD einen Beitrag von zig Milliarden DM. Clinton bereitete schon **auf Menschenopfer unter den US-Soldaten vor. Von denen** unter der arabischen und irakischen Zivilbevölkerung ist keine Rede, man wolle sie aber schonen. Werden die Bomberpiloten-Soldaten nicht wieder zu Mördern an der Zivilbevölkerung?

Berührt das die arbeitende Bevölkerung in Deutschland? Die deutsche Bourgeoisie hat nach dem 2. Weltkrieg einen unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, ist eine führende Macht im Welthandel geworden, ist aber auch von der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt und deren politischen Folgen betroffen. Sie ist **aus gemeinsamem Klasseninteresse** der US-Weltpolitik zu Diensten. Im eigenen Land muß die herrschende Klasse um die »Sicherheit« besorgt sein, um Gefahren vorzubeugen, die aus der steigenden Arbeitslosigkeit erwachsen, muß Gefängnisse bauen und die Polizei aufstocken, den Spitzeldienst (Lauschangriff) ausweiten, »Reformen« beschließen, Asylsuchende abschieben, den untersten Schichten der Bevölkerung die Sanierung des Staatshaushaltes aufbürden – also die sozialen Widersprüche verschärfen und gleichzeitig unterdrücken.

Unser Beitrag ist, soweit es in unserer Kraft liegt, die politischen Zusammenhänge aufzuzeigen und die Gegensätze und Illusionen in den Reihen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, die die Organisierung des Widerstandes gegen Krieg, die politischen Gefahren für die Arbeiterklasse überwinden können. Mobilisierung an der Basis der Gewerkschaften, Zusammenarbeit von Organisationen und Gruppen in konkreten Aufgaben und solidarisch geführte Auseinandersetzung in strittigen Fragen. Ohnmacht und politische Ratlosigkeit müssen überwunden werden. Die weit verbreitete Vorstellung »Verschon mein Haus, zünd's andere an« ist gefährlich, weil sie die Bevölkerung in Illusionen wiegt. Noch ist es Zeit, einen Anfang zu machen.

Genossinnen/Genossen **der** Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg, 15.4.98. ■

Warum die USA keinen großen Krieg wegen des Iraks führen !

Durch das Kofi-Annan-Abkommen vom 23. Februar 1998 ist zwar der dritte Waffengang am Golf (innerhalb der letzten zweieinhalb Jahrzehnte) vertagt worden. Da es seit Ende des 11. Golfkrieges jedoch immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und den westlichen Golfkriegs-Alliierten gekommen war, ist allein das ein Indiz dafür, daß hinter diesem Konflikt tiefgreifende Interessensunterschiede stecken. Falls wirklich keine von beiden Seiten bereit ist, dauerhaft kleinbeizugeben, scheint deshalb die Erwartung, daß es in absehbarer Zeit zu einem 11. Golfkrieg kommt, nicht unplausibel zu sein. Andererseits stellt sich die Frage, ob der Westen überhaupt ein prinzipielles Interesse an einem derartigen Irak-Krieg hätte, der dem Land eine empfindliche Niederlage beibringen würde. Für das fehlende Interesse spräche nicht nur eine Tatsache wie das abrupte Ende des 11. Golfkrieges, bevor der Endsieg erreicht wurde. Sondern auch die mehrfachen Bombardierungs-Kampagnen des Westens: Sowohl im Juni 1993 wie auch im September 1996, als der Irak in die kurdische Schutzzone im Norden eindrang, kam es zu Tomahawk-Angriffen, die jedoch niemals zum großen Krieg eskalieren sollten, sondern von vornherein nur einen begrenzten Zweck hatten.

Das Kofi-Annan-Abkommen

Dem scheint zu widersprechen, daß das Kofi-Annan-Abkommen buchstäblich in letzter Minute Zustandekam: Ab dem 26. Februar hätte es am Persischen Golf die nächste Neumond-Phase gegeben, was die irakischen Abwehrmöglichkeiten gegen Luftangriffe gut eine Woche lang sehr erschwert hätte. Die nächste mondlose Nacht hätte es erst wieder am 28. März gegeben; wegen des Beginns der traditionellen Mekka-Reisen in jenen Tagen hätte ein Angriff zu dieser Zeit nur die anderen arabischen Länder verärgert. Zudem war die Olympiade vorüber, so daß selbst bürgerlich-moralische Liberale nicht mehr die Störung des olympischen Friedens beklagen konnten. Wenn es zu einem Angriff hätte kommen sollen, dann wäre er also höchstwahrscheinlich alsbald erfolgt.

Auch der Umstand, daß sich die USA zunächst durch das Abkommen düpiert gefühlt schienen, könnte dafür sprechen, in Washington bestehe ein nachhaltiges Interesse an einem großen Krieg. Alle anfänglichen Verlautbarungen zeigten ja, wie strittig die Einschätzung des Abkommens war. Zugegebenermaßen ist es denkbar, daß es so manchem in Washington lieber gewesen wäre, wenn man vor einer Einigung erst einmal ein paar Bomben abgeschmissen hätte: quasi als Zukunftssicherung, damit man nicht alsbald zum x-ten Male den großen Hammer rausholten mußte, auf daß der Irak spurte. Letztlich rang sich die US-Führung jedoch aus guten Gründen zu einer positiven Bewertung durch. Der Sicherheitsberater beim US-Präsidenten, Samuel R. Berger, erklärte, das von Kofi Annan ausgehandelte Abkommen entspreche den US-Sicherheitsinteressen: *»Obwohl Saddam Husseins Zustimmung, alle möglichen irakischen Produktionsstätten zu öffnen, diejenigen nicht zufriedenstellen mag, die unter allen Umständen Gewalt gegen den Irak anwenden wollen, ist den strategischen Zielen Amerikas mit der Übereinkunft erst einmal gedient: ob Saddam nun die neuen Regel akzeptiert – oder auch nicht. Wenn der Irak seinen Ver-*

pflichtungen nachkommt, werden die Inspektoren zum ersten Mal unbegrenzten, bedingungslosen Zugang zu allen verdächtigen Stellen haben. Sollte der Irak sich weigern, werden wir aus einer Position größter internationaler Stärke mit Macht antworten«. Gegenüber Senatoren, welche eine Ablehnung dieses Abkommens forderten, antwortete die US-Außenministerin Madeleine Albright: *»Wir glauben, es ist weiser, die Vereinbarung zu testen«.*

Auch wenn die USA einstweilen dem Irak erneut nur einen politischen Rückzug aufgenötigt haben, geben sie selbstredend ihr Ziel, Hussein von der Macht vertreiben zu wollen, in nächster Zukunft nicht auf. Geht es nicht militärisch, wird es auf dem Geheimdienst-Wege versucht. Es gibt Berichte, wonach der CIA bereits an einem neuen Sabotageplan arbeite. Ausführende Agenten sollen aus Kreisen der Kurden und Schiiten kommen. Seit 1993 wurden jährlich circa 15 Millionen Dollar in solche Aktivitäten gesteckt. Im Januar 1993, 1995 und 1996 gleich bei zwei Gelegenheiten unternahm der CIA mehrere Anläufe, um das Saddam-Regime zu stürzen. Bisher offensichtlich erfolglos. Noch schlimmer: Die beiden Anschlagpläne von 1996 scheiterten in Folge von Verrat. Letzteres könnte ein Indiz für die Schwäche derjenigen Opposition sein, auf die sich die USA stützen wollen. Solche Mißerfolge scheinen die US-Geheimdienstler aber nur darin zu bestärken, es beim nächsten Mal besser zu machen. In Zukunft soll die begleitende politische Arbeit deutlich verstärkt werden: Irakische Oppositionsgruppen sollen finanziell noch besser unterstützt und die Radio-Propaganda von Kuwait aus verstärkt werden.

Um Antwort auf die Frage zu finden, ob die USA solche Aktivitäten tatsächlich langfristig durchhalten, respektive wie sie sich in Zukunft prinzipiell gegenüber dem Irak verhalten, müssen wir zwei Fragenkomplexen nachgehen. Erstens geht es da zunächst einmal um vorwiegend militärische Fragen: Aus US-Sicht hat allein das militärische Muskelspiel den Vertragsabschluß durch den UN-Generalsekretär ermöglicht. Der US-Sicherheitsberater beim US-Präsidenten erklärte: *»Als UN-Generalsekretär Kofi Annan nach Bagdad ging, stärkten ihm zwei amerikanische und zwei britische Flugzeugträger den Rücken«.* Es stellt sich also die Frage: Ist der Westen nur dann erfolgreich, wenn er ein militärisches Drohpotential am Golf aufbaut? Welche Bedeutung hat die militärische Bedrohung, die vom Irak ausgeht? Selbst wenn sie groß wäre, gäbe es nicht politische Alternativen? Sind die vielleicht nicht sogar zwingend, denn auch der 11. Golfkrieg ist ja nicht bis zur endgültigen militärischen Entscheidung vorangetrieben worden?

Zweitens muß geklärt werden, wie aus Sicht der USA vorgegangen werden muß, um eine politische Front aufzubauen bzw. aufrechtzuerhalten, welche den Irak zur Änderung seiner Politik unter Druck setzen kann. Charakteristischerweise gab es ja bezüglich der Resolution im Weltsicherheitsrat, welche die Vereinbarung zwischen dem UN-Generalsekretär und Irak absegnen sollte, sofort wieder Differenzen zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrates. Die USA und Großbritannien wollten sie so gestaltet haben, daß sie einen Freibrief für zukünftige Militäraktionen darstellt. Frankreich, Rußland und China leisteten jedoch dagegen Widerstand.

Daraus ergeben sich die Fragen: Warum handelt der Westen nicht einheitlich? Beziehungsweise, auf welche Weise ist so ein einheitliches Handeln herzustellen? Gibt es da eventuell im westlichen Lager Interessenunterschiede?

Die vermeintliche Gefährlichkeit des Irak

Bezogen auf den ersten Fragenkomplex muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß natürlich keiner von uns (quasi am grünen Tisch) mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen kann, daß es im Irak keinerlei – versteckte – Massenvernichtungswaffen gibt. Wirklich 'wissen' können das bestenfalls ein paar Mitglieder der Saddam-Führung. Deren wiederholtes Sträuben, ungehinderte Kontrollen zuzulassen, muß zwangsläufig Anlaß zu Mißtrauen geben. Immerhin hat die irakische Führung bis 1995 (bis zur Flucht des Saddam-Schwiegersohnes) der UN-Spezialkommission für die Abrüstung des Iraks (UNSCOM) verschwiegen, daß es einmal ein Programm zur Schaffung von biologischen Waffen gegeben hatte. Da infolge des UN-Abrüstungsprogramms jedoch eine Unmenge an irakischen Waffen vernichtet worden ist – mehr als im 11. Golfkrieg -, klingt es wiederum auch nicht unglaublich, wenn der Irak behauptet, letztlich seien bis auf höchstens 5% all diejenigen Waffenmaterialien vernichtet worden, welche nach der UN-Resolution 687 vom 3.4.91 zu vernichten wären. Selbst die 'übrigen' Waffen seien längst vorher vernichtet worden; dieses ließe sich heute aber nicht mehr belegen. Unabhängig von der Glaubwürdigkeit der irakischen Angaben (Zweifel sind nicht völlig von der Hand zu weisen) stellt sich die Frage, ob die Rest-Existenz solcher Waffen überhaupt der Punkt wäre, auf den es ankäme. Mal an dieser Stelle völlig davon abgesehen, daß es ja auch andere Gründe für das widerstrebende Verhalten der irakischen Führung geben könnte [nämlich, um politischen Druck in der Embargo-Frage auszuüben), ist es doch fraglich, ob aus der vorgeblichen Tatsache der Existenz solcher Waffen umgekehrt zwingend zu schlußfolgern wäre, ein vorbeugender Militärschlag, wie ihn die USA favorisieren, sei notwendig. Tatsächlich dürfte die Wahrscheinlichkeit, daß der Irak in absehbarer Zukunft eines der Nachbarländer tatsächlich angreifen könnte, doch sehr gering sein. Denn auch in Bagdad müßte klar sein, daß das dann endgültig umgehend einen massiven Militärschlag des Westens provozieren würde, ohne daß es in solch einer Situation seitens des Iraks auch nur den Hauch einer Chance gebe könnte, irgendwelche Bündnisgenossen zur Verteidigung finden zu können.

Insofern haben Massenvernichtungswaffen, selbst wenn der Irak sie hätte, real nicht die Bedeutung, die ihnen in der westlichen Propaganda zugeschrieben werden. Zudem sind die ursprünglichen Sanktionsbeschlüsse von 1991 längst erfüllt worden, aber »(n)achdem die ursprünglichen Kriterien für die Sanktionen längst entfallen sind, werden immer neue nachgeschoben« (Le Monde diplomatique, Juni 199.8). Der Aufmarsch der alliierten Militärs steht also in keinem Verhältnis zum vorgeblichen Zweck des ganzen, nämlich den Irak zu entwaffnen. Selbst der Sicherheitsberater beim US-Präsidenten, Samuel R. Berger, wies darauf hin: »Trotz andauernder Behinderung durch das irakische Regime war Unscm erstaunlich effektiv beim Auffinden und Zerstören von Saddams nuklearen, biologischen und chemischen Produktionsstätten sowie seiner Raketen«.

Der angeblich verschenkte Sieg im 11. Golfkrieg

Obwohl also selbst in der US-Führung klar ist, so drängend ist das Waffen-Problem letztlich doch nicht, muß dieses Argument seit gut sieben Jahren immer wieder herhalten, um eventuelle Militäraktionen zu rechtfertigen. Das deutet darauf hin, daß sich hinter der Waffenfrage tiefergehende Interessen verbergen. Falls dem so ist, muß zunächst aber erst eine andere Frage geklärt werden: Warum wurde nicht gleich 1991 dem Saddam-Regime ein Ende bereitet, wenn es solchen prinzipiellen Interessen im Wege stände?

Der Sieg sei 1991 'verschenkt' worden, lautet hierauf die im bürgerlichen Lager weit verbreitete Antwort. Und deswegen wäre es heute um so komplizierter, das einmal verpaßte jetzt nachzuholen. Charakteristisch für die entsprechenden Stimmen ist Margaret Thatcher, die sich in ihren Memoiren darüber beklagt, daß es ihr nicht vergönnt gewesen sei, das Ende des 11. Golfkrieges an der Spitze Großbritanniens miterlebt zu haben (bekanntlich mußte sie am 28.11.1990 zurücktreten). Denn sie hätte für einen Kampf bis zum Endsieg gesorgt: »Weder wurde Saddam Hussein entwaffnet noch führte man den Kampf bis zum Ende, was eine öffentliche Demütigung des Diktators vor seinen Untertanen und den islamischen Nachbarn bedeutet hätte. (...) Und so ließ man Saddam Hussein die Position und auch die nötigen Mittel, die es ihm ermöglichten, sein Volk zu terrorisieren und noch mehr Unheil zu stiften. Wenn man Krieg führt, spricht viel dafür, im Sieg großmütig zu sein. Aber erst dann, wenn man den Sieg errungen hat«. Der Oberkommandierende der alliierten Truppen, General Schwarzkopf antwortet darauf: »Weshalb sind wir nicht bis nach Bagdad vorgestoßen und haben 'die Sache zu Ende geführt'? Dazu muß deutlich gesagt werden, daß man zu keiner Zeit daran gedacht hat, bis nach Bagdad vorzustoßen«. Es stellt sich also die Frage, warum nicht?

Angst vor Leichensäcken

Eine häufig gehörte Erklärung lautet: Insbesondere die USA hätten sich gegen einen möglicherweise langandauernden Bodenkrieg gestraubt, weil die US-Führung am sogenannten Vietnamkriegs-Syndrom gelitten habe: Aus Sorge, Unmassen von Leichen könnten das heimische Fernsehpublikum zu sehr schockieren, habe die US-Führung den Vormarsch auf der 'Straße des Todes' gestoppt.

Völlig ausgeschlossen werden kann es natürlich nicht, daß es solche Befürchtungen immerhin gab. Andererseits muß man folgendes sehen: Unmittelbar vor Beginn des Angriffs ließen sich der damalige Verteidigungsminister Cheney und der Stabschef Powell vom Oberkommandierenden der Golfkriegs-Truppen, Schwarzkopf, und dessen höchstem Sanitätsoffizier über die zu erwartenden US-Verluste informieren. Letzterer erklärte, »(...) sie würden von 20.000 Toten ausgehen, davon 7.000 im Kampf Gefallenen«. Trotzdem wurde selbstverständlich der Angriffsbefehl gegeben. In Relation zu den Interessen, die man zu verteidigen glaubte, wären eben sogar mehrere tausend Tote hinnehmbar gewesen. Tatsächlich waren die Verluste dann sogar recht gering. Alles in allem 240 Tote auf westlicher Seite, welche z.T. sogar dem eigenen, 'freundlichen' Feuer geschuldet waren.

In bezug auf die irakischen Truppen wurde auf amerikanischer Seite von »Truthahn-Schießen« gesprochen. Das war nicht allein auf die selbstverständlich immense technologische Überlegenheit der US-Truppen zurückzuführen. Selbst

in Scharmützeln, wo die US-Technik nicht zum Einsatz gebracht werden konnte, erwiesen sich die GIs aufgrund ihrer besseren Ausbildung und taktischen Führung den irakischen Einheiten in der traditionellen Kriegsführung überlegen (bei einem Guerillakrieg wie in Vietnam sähe das vielleicht anders aus). Von daher gehen US-amerikanische Militärexperten durchaus optimistisch in vergleichbare Auseinandersetzungen hinein.

Ohne Frage reagiert dennoch die US-amerikanische Öffentlichkeit seit Vietnam ganz besonders sensibel auf das Töten von GIs. Das hat man nach dem 11. Golfkrieg späterhin dann auch wieder in Somalia gesehen, Schnell wird der Ruf laut: 'Bringt unsere Jungs nach Hause!' Um solche Ängste aufzufangen, hatte die US-Regierung in der aktuellen Krise eine Medienkampagne gestartet, mit deren Hilfe rüberkommen sollte: 'Es wird Opfer geben. Unter unseren Soldaten. Und bei den Zivilisten. Aber das müssen wir gegen den Diktator Saddam Hussein akzeptieren'. Die Verhaftung von rechtsextremen Milizionären in Las Vegas, denen der Besitz von Anthrax-Bazillen angedichtet wurde (was sich nachträglich selbstverständlich als Ente entpuppte), gehörte zu dieser Kampagne: 'Wenn der Gegner so stark ist, daß er uns sogar an der Heimatfront bedroht, dann muß man als aufrechter Amerikaner gegen ihn genauso Opfer bringen wie im II. Weltkrieg gegen Hitler'.

Unabhängig vom Erfolg dieser Kampagne muß man davon ausgehen – das hat der 11. Golfkrieg gezeigt –, daß die US-Führung, wenn aus ihrer Sicht die Notwendigkeit groß genug ist, innenpolitisches Rumoren offensichtlich in Kauf nimmt. Wenn die alliierten Truppen damals nicht nach Bagdad weitermarschiert sind, muß es dafür andere Gründe geben. Diese zu ermitteln, ist für uns nicht zuletzt deshalb interessant, weil uns dann deutlich wird, bis zu welcher Grenze die US-Amerikaner heute bereit wären, militärisch aktiv zu werden.

Der Irak darf nicht zerschlagen werden

Im 11. Golfkrieg waren die prinzipiellen Interessen der führenden Industrienationen eindeutig: Weil durch die irakischen Aktivitäten

1. potentiell die Energieversorgung der Industrienationen bedroht schien und weil
2. von vornherein klar gemacht werden mußte, daß kein Land der Dritten Welt den Zusammenbruch des Blockgegensatzes ausnutzen durfte, sahen sich die führenden Industrienationen gezwungen, hart zuzuschlagen.

Die Bedeutung dieses Krieges wurde seitens der westlichen Führungskräfte nicht zuletzt darin gesehen, daß mit seiner Hilfe die Grundlagen für eine 'Neue Weltordnung' gelegt würden. Angesichts der prinzipiellen Interessen scheint das Zurückschauen vor dem Endsieg um so verwunderlicher zu sein. Für Margaret Thatcher liegt die Erklärung für das Verhalten der Alliierten auf der Hand: »Dies war ein Fehler, der daher rührte, daß man von Anfang an übermäßig großen Wert auf einen internationalen Konsens gelegt hatte. Die Meinung der Vereinten Nationen fiel zu stark ins Gewicht, und das Ziel des Sieges zählte zu wenig«.

Was Maggie Thatcher hier so abfällig als 'Konsens' bezeichnet, ist freilich das zentrale westliche Interesse. Dieses 'Interesse' hatte eine so große Bedeutung, daß sein Erreichen durchaus als 'Sieg' bewertet werden kann. Zum Krieg

war es gekommen, weil der Irak ein wesentliches Tabu verletzt hatte: Mit der Kuwait-Invasion wurden die Grenzen in Frage gestellt, welche die Kolonialmächte nach dem I. Weltkrieg gezogen hatten. Da praktisch alle Nahost-Staaten so am Reißbrett entstanden waren, war deren Bestand in dem Augenblick sofort gefährdet, wo von einem Staat diese Grenzen in Frage gestellt wurden. Würde das Schule machen, wäre die gesamte Ölregion der Gefahr eines Flächenbrandes ausgesetzt.

Dem entgegenzusteuern, sah die USA als ihre höchste Pflicht an: Unmittelbar nach der Kuwait-Invasion hatte Präsident Bush am 8.8.1990 vier Punkte aufgelistet, die ein militärisches Eingreifen der USA notwendig machten: Daß ein US-Präsident dabei auf den Schutz von US-Staatsbürgern verwies, war selbstverständlich. Zwei weitere Punkte (bedingungsloser Abzug der Irakis/Wiedereinsetzung der kuwaitischen Regierung) kulminieren jedoch allein in dem zentralen: Daß die USA aktiv werden müßten, weil die Bush-Regierung »der Sicherheit und Stabilität am Persischen Golf verpflichtet« sei.

Wären die Golfkriegs-Alliierten im Februar 1991 weiter in den Irak eingedrungen, wäre – wie die nachfolgenden Unruhen in den Kurden-sowie den Schiiten-Regionen zeigten – die Gefahr einer Dreiteilung des Iraks immens gewesen. Solange wie es zentral um die Schwächung Saddam Husseins gegangen war, wurden die Kurden im Norden des Iraks von den USA unterstützt. Nach dem Krieg mußten jene alle Hoffnungen auf einen mit Hilfe des Westens eingerichteten eigenen Staat fahren lassen. Hinter verschlossenen Türen argumentierte der damalige US-Außenminister James Baker: »(E)in geschwächter Irak unter einem diktatorischen Saddam Hussein oder einer vergleichbaren Austauschfigur sei viel erstrebenswerter als ein demokratisches Land, welches in drei sich bekriegende Teile zerfiele. Denn ersteres täte mehr für eine Balance gegenüber dem Iran« (Observer, 7.4.91).

Aus Sicht des Westens war insbesondere ein eigenständiger Kurdenstaat also problematisch. Er hätte unabweislich die Türkei provozieren müssen, die sich im Golfkrieg nicht nur als verlässlicher Verbündeter des Westens erwiesen hatte, sondern damals auch noch als Sperrriegel gegenüber der Sowjetunion gebraucht wurde. Letzteres fällt heute zwar weg, aber das heißt nicht, der Westen könne es ernsthaft zulassen, daß die Türkei zum 'Gegner' würde. Wenn auch die Türkei aus westlicher Sicht inzwischen nicht einmal mehr eine bedeutsame strategische Funktion im Hinblick auf die zentralasiatischen Republiken südlich von Rußland hat, eine Türkei, der aufgrund der Kurdenfrage eine Konfrontation mit dem Westen sinnvoll erschiene und die deshalb für Unruhe sorgte, paßt dem Westen dann doch noch viel weniger ins Konzept.

Eine eigenständige Schiitenrepublik im Süden würde sich wiederum wahrscheinlich mit dem Iran verbünden, der dadurch gestärkt würde. Das könnte zu verstärkten Differenzen nicht zuletzt mit Saudi-Arabien führen. Dieses Land hat wie die meisten der anderen arabischen Staaten zum einen ein Interesse daran, daß der Irak stark genug ist, um ein machtpolitisches Gegengewicht zum Iran bilden zu können, und muß sich zudem nachhaltig dagegen verwehren, wenn Grenzen prinzipiell in Frage gestellt werden, weil dieses

Land ebenfalls erst nach dem 1. Weltkrieg zusammengeschustert worden ist.

In bezug auf den Irak ist der Westen also in einer Zwickmühle: Geht er militärisch zu vorsichtig vor, bleibt ihm das Problem des Saddam-Regimes erhalten, agiert er zu forsch, entzündet er einen Steppenbrand. Allein letzteres war 1991 der entscheidende Grund, der zur frühzeitigen Beendigung des Bodenkrieges führte und späterhin zur Beschränkung von militärischen Aktionen auf mehr oder minder große Nadelstiche.

Die Golfkriegs-Allianz **hat sich nicht wirklich aufgelöst**

Ein zentrales Motiv aller westlichen Länder für ihr damaliges Engagement bestand darin, in der Umbruchsituation nach dem Wegfall des Blockgegensatzes deutlich zu machen, wo die Grenzen für Veränderungen waren: Um eventuellen Bürgerkriegswirren in Osteuropa (deren Gefahr damals sehr hoch angesetzt wurden) von vornherein etwas entgegenzusetzen zu können, schien es richtig, exemplarisch die westliche Macht zu demonstrieren. Damit wurde gleichzeitig erreicht, daß Länder der Dritten Welt nun nicht Morgenluft witterten, weil sie nicht mehr unter der Knute des Blockgegensatzes standen. Da heute die 'Gefahr des Chaos' in Osteuropa gebannt scheint und sich auch in der Dritten Welt Konflikte nicht zu einer den Westen bedrohenden Dimension aufgeschaukelt haben, gibt es aktuell wenig Grund, wieder die große Keule rauszuholen. Die niedrigere Konfliktdimension läßt nun Interessensunterschiede, die man damals angesichts des 'großen, gemeinsamen Ziels' hintan gestellt hat, wieder größere Bedeutung bekommen.

Deshalb bekommen, solange wie sich der Konflikt auf dem rangniederen Niveau der Nadelstiche bewegt, zwangsläufig Interessensunterschiede zwischen den verschiedenen Golfkriegs-Alliierten relativ eine größere Bedeutung. Das heißt freilich nicht, diese Allianz habe sich bereits aufgelöst. Nicht nur Kuwait und Bahrain, sondern praktisch alle westlichen Industrieländer, nämlich die Kanadier, die Australier, die Neuseeländer, die Skandinavier sowie die allermeisten der sonstigen EU-Länder (mit Bauchschmerzen auch die Italiener) haben sich wieder aktiv auf die Seite der USA gestellt (entsprechend des niedrigen Konfliktlevels nur durch die Entsendung von Kriegsschiffen oder durch die politische Unterstützung).

Richtig ist zwar, Frankreich, welches 1990/91 aktiv auf Seiten der USA gestanden hatte, widersprach sehr deutlich jeder Militäraktion. Entsprechendes gilt für China und Rußland, die damals eine Position der wohlwollenden Neutralität eingenommen hatten. Seit Jahren schon bemühen sich Frankreich und Rußland um eine Lockerung der Irak-Sanktionen. Die Gründe sind offensichtlich. Aus früheren Zeiten schuldet der Irak diesen Ländern Milliarden Dollar (allein Rußland 10 Mrd. Dollar), die nur dann zurückgezahlt werden könnten, falls der Irak wieder in nennenswertem Maße ins Ölgeschäft einsteigen würde. Französische Konzerne haben bereits Verträge unterzeichnet, wonach sie in Zukunft 1 Mio. Barrel Öl im Irak fördern dürfen. Auch chinesische und russische Unternehmen (die sogar noch größere als die Franzosen) haben bereits solche Verträge unterschrieben, welche ihnen die Ölförderung in einem Irak ohne Embargo erlauben würden. Ins Bild paßt es, daß Rußland seit einiger Zeit versucht, eine Alternativ-OPEC zu gründen, um unabhängig von

der US-hörigen OPEC agieren zu können. Irak soll zu den Gründungsmitgliedern gehören. Darüber hinaus dürfte immer noch – trotz der immensen Aufbauenerfolge des Iraks – ein riesiger Bedarf zur Beseitigung der Folgeschäden aus den beiden Golfkriegen vorhanden sein. Anfang 1994 wurde die notwendige Investitionssumme auf mindestens 50 Mrd. Dollar geschätzt. 1997 soll die irakische Industrie wegen fehlender Ersatzteile und Vorprodukten bestenfalls zu 10-15 Prozent ausgelastet gewesen sein. Es kommt also nicht von ungefähr, wenn all jene Länder in den letzten Monaten mehr oder minder intensiv versucht haben, eine Vermittler-Rolle zu spielen. Keines von ihnen hat sich indessen auf die Seite des Iraks geschlagen.

Wie knifflig jedoch solche ökonomischen Interessen einzuordnen sind, zeigt sich in der Erdölfrage: Solange der Irak durch Sanktionen daran gehindert wird, in nennenswertem Umfang Öl zu exportieren, fallen die internationalen Erdölpreise nicht noch weiter in den Keller, was nicht zuletzt im Interesse von US-Ölkonzernen ist. Auch Saudi-Arabien bzw. die anderen Golf-Staaten signalisieren seit Jahren, daß sie kein gesteigertes Interesse daran haben, wenn ausgerechnet in Zeiten, wo seit längerem die Erdölpreise eher im unteren Preisbereich herumdümpeln und jetzt angesichts der Asien-Krise die Erdölpreise noch weiter fallen, ein weiterer, traditionell sehr potenter Anbieter eventuell die Preise auf dem Weltmarkt noch weiter nach unten treibt. Nicht zuletzt aufgrund dieser Interessenlage hat sich von diesen arabischen Ländern keines eindeutig auf die Seite des Iraks schlagen können. Aus Sicht der Industriestaaten gibt es in diesem Punkt natürlich ein anderes Interesse: Niedrige Erdölpreise sind mit Sicherheit eine Konjunkturspritze par excellence. Der erneute Preisrutsch nach Beendigung der aktuellen Irak-Krise durch das Kofi-Annan-Abkommen wurde von diesen Ländern entsprechend positiv vermerkt.

Wenn die arabischen Länder sich, obwohl es ihren Erdöleinnahmen zupaf käme, dennoch gegenüber den aktuellen US-Forderungen zurückhaltend verhalten haben, dann resultiert das zweifelsohne ganz offensichtlich daraus, wie sehr sich die harten Strafmaßnahmen des Westens in Richtung auf den Irak immer von dem windelweichen Verhalten in bezug auf Israel respektive das Palästinenser-Problem abheben (Israel unterläuft ständig UN-Resolutionen, ohne daß es auch nur einmal eine westliche Strafaktion deswegen gegeben hätte). Weil dieses Mißverhältnis in den Augen vieler Araber Ausdruck der Mißachtung ihrer Probleme durch den Westen ist, besteht potentiell die Gefahr für die arabischen Regimes, daß eine allzu enge Kumpanei mit dem Westen sie in den Augen ihrer Bevölkerung in Mißkredit bringt. Ganz offensichtlich hat aufgrund der US-amerikanischen Israel-Politik der Widerwillen bei den arabischen Massen gegenüber den USA in den letzten Jahren wieder zugenommen.

Realistischerweise sehen die Regierungen dieser Länder freilich auch, daß sich diese Gefahr in Grenzen hält: In der Praxis haben all diejenigen fundamentalistisch-islamistischen Bewegungen, die Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre Furore gemacht hatten – sei es die FIS bzw. die GIA in Algerien, sei es die Harnas in Palästina – letztlich Schiffbruch erlitten. Angesichts der obwaltenden Machtverhältnisse hat sich gezeigt, daß es zwar genügend wirtschaftliche, innenpolitische sowie soziale Probleme gab, um solche Bewegungen zu fördern. Daß letztlich aber die jeweilige Staatsgewalt

1. stark genug war, um solche Konflikte militant zu unterdrücken, und
2. sich zudem in den Augen der Bevölkerung gezeigt hat, letztlich sind auch nur die Regierenden in der Lage, die Lebensversorgung ausreichend sicherzustellen.

Eine positive Perspektive können nur noch die islamistischen Bewegungen für sich erhoffen, die überhaupt noch nicht so stark geworden sind, daß sie 'ihren' Staat ernsthaft herausfordern könnten (wie z.B. in Ägypten). In den meisten Golf-Staaten dürften Oppositionsbewegungen erst dann tatsächlich – dauerhaft! – eine grundlegendere innenpolitische Veränderung herbeiführen können, wenn sich auch das übermächtige Saudi-Arabien verändern würde: *»Ein Wandel der Regimes in den Golf-Staaten ist nach herkömmlichem Wissen abhängig von der saudischen Politik, und das Königreich wird so lange stabil bleiben, wie die königliche Familie selbst geeint bleibt«* (Internationale Politik, Nr. 8/97).

Trotz eindeutig nicht zu leugnender Gefahren durch islamistische Bewegungen hält sich also die reale Bedrohung nach dem jetzigen Wissensstand in Grenzen. Denn die Führungsschichten sind uneingeschränkte Herrscher über den nationalen Wohlstand, an dem sie die Armen immerhin so weit teilnehmen lassen, daß sie nicht so weit verelenden wie diejenigen in Algerien oder in Palästina. Und zudem haben die Unterschichten in den Golf-Staaten nirgendwo eine Position – z.B. als nennenswertes Industrieproletariat oder als wirtschaftlich nicht zu vernachlässigende Bauernmassen –, welche es ihnen ermöglichen würde, ernsthaft Druck auszuüben.

Ein deutliches Indiz dafür, wie begrenzt die fundamentalistisch-islamistische Opposition gegenüber dem Westen gegenwärtig faktisch ist, war in der aktuellen Krise das Fehlen von Massendemonstrationen zugunsten des Iraks. Während 1990/91 in vielen arabischen Ländern noch Millionen auf die Straße gegangen waren, kamen dieses Mal höchstens jeweils ein paar Tausend zusammen. Dennoch mußten die arabischen Regierungen natürlich Vorsicht walten lassen, denn eine entsprechende Gefahr kann nicht völlig ausgeschlossen werden. Weil zudem die 'irakische Gefahr' aktuell nicht so übermäßig groß war und weil der Westen offensichtlich auch ohne einen publizistisch hervorgehobenen Schulteranschlag der arabischen Länder klarkommen konnte, konnten sich die meisten arabischen Länder ohne Probleme durch den aktuellen Konflikt durchlavieren. Wäre das anders, würde sich sofort die Wahrnehmung der innenpolitischen Gefahr relativieren. Abgesehen davon wurden sie zwar dieses Mal nicht zugunsten des Westens aktiv, taten aber auch nichts, was sich wirklich als ernsthafter Widerstand werten ließ. Letztlich unterstützten sie die Vereinigten Staaten politisch dann doch: *»Beinahe alle Staaten Arabiens bedrängen den Irak (...), den UN-Resolutionen Folge zu leisten«* (Die Woche, 13.2.98).

Veränderung der US-Militärposition am Golf

Das heißt, politisch ähnelt die Lage damit derjenigen in den 80er Jahren: Faktisch verhalten sich mit Ausnahme von Iran und Irak alle anderen Nahost-Länder wie Verbündete des Westens. Zudem unterscheidet sich die Situation gegenüber damals aus westlicher Sicht militärisch sogar sehr positiv. Denn inzwischen ist insbesondere die Präsenz der USA viel stärker. Lange vor dem 11. Golfkrieg hatten US-Militärs bereits nachhaltig dafür votiert, die Saudis für den Aufbau einer US-

arabischen Militärmacht zu gewinnen. Das Königshaus hatte darauf jedoch immer nur mit hinhaltendem Widerstand reagiert. Nicht, weil es wesentliche Differenzen mit den USA gegeben hätte, sondern weil eben die saudische Führungsriege Angst hatte, gerade eine US-Militärpräsenz könne zu einem Katalysator für die islamistische Opposition werden.

Seit Jahrzehnten hatten sich die arabischen Staaten distanziert verhalten gegenüber US-Wünschen, ihre Truppen z.B. in Saudi-Arabien zu stationieren. Selbst nach der irakischen Invasion von Kuwait hatte Saudi-Arabien zunächst versucht, den Konflikt mittels einer arabischen Lösung bewältigen zu wollen. Sie akzeptierten damals nicht einmal eine Verstärkung der amerikanischen AWACS-Luftaufklärung und verboten sogar US-amerikanischen Jets, den saudischen Luftraum zu durchfliegen. Erst nachdem die USA Satellitenaufnahmen vorgelegt hatte, welche eine nahe-stehende irakische Invasion auch Saudi-Arabiens nahelegen sollten, beugte sich die saudische Führung dem US-Druck und willigte in die Stationierung von US-Truppen ein.

Durch den 11. Golfkrieg wurde dann nachhaltig der Grundstein für den Aufbau einer militärischen US-Präsenz in dieser Region gelegt. Entsprechend sieht heute die militärische Situation aus US-Sicht völlig anders aus, denn es ist klar, faktisch handelt es sich bei dieser Region um ein amerikanisches Militärgelände. Ständig sind 25.000 GIs im Golf stationiert, davon der größte Teil in Saudi-Arabien. Hinzukommt ein Kriegshafen in Bahrain. Jährlich verursachen diese Truppen Kosten in Höhe von mindestens 30 bis zu 60 Mrd. Dollar, wenn nicht sogar von 70 Mrd. Dollar.

Probleme der US-Strategie

Wenn diese erweiterte Militärpräsenz nicht auch in einem politischen Bündnis seinen Niederschlag fand, dann ist das sehr wesentlich darauf zurückzuführen, daß die USA nicht in der Lage war, in der Zeit nach dem II. Golfkrieg eine eindeutige und in sich schlüssige Politik für den Nahen und Mittleren Osten zu entwickeln. Eine, die langfristige Perspektiven aufweist und durch die geklärt wäre, welchen Platz Iran, Irak, Israel, Ägypten und die Golf-Staaten im Kontext westlicher Interessenpolitik einnehmen sollen: *»Die Partner in Europa erwarten von den Vereinigten Staaten nicht nur eine glaubwürdige militärische Drohung, sondern endlich auch eine schlüssige Strategie«* (Die Zeit, 12.2.98).

Daß es dem Westen um die Verteidigung seiner zentralen Erdöl-Region geht, ist natürlich völlig selbstverständlich. Im Persischen Golf werden 60% des Welt-Erdöls gefunden. Wenn man die Reserven mit einbezieht, kommt man sogar auf fast achtzig Prozent. Das kaspische Meer wurde in den letzten Jahren zwar in der internationalen Propaganda hochgepuscht. Aber es kommt erst an vierter Stelle aller Erdöl-Regionen. An den strategischen Interessen des Westens in der Golf-Region gibt es bis heute prinzipiell also überhaupt nichts zu deuteln. Die heutige US-Außenministerin Madeleine Albright hatte noch zu ihrer Zeit als US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen erklärt: *»Wir betrachten diese Region als lebenswichtig für die Interessen der USA. Wir werden dort mit anderen zusammen aktiv werden – wenn wir es können. Aber wir werden auch allein handeln – wenn wir es müssen«*. In einem Aufsatz, für den gleich zwei frühere US-Sicherheitsberater, Zbigniew Brzezinski und Brent Scowcroft mitverantwortlich zeichnen, heißt es: *»Der Fluß des Golf-Öls wird in der absehbaren Zukunft immer von*

entscheidender Bedeutung für das Wohlergehen der industrialisierten Welt bleiben (...)«.

Allerdings muß man auch sehen: Bei dieser Öl-Verteidigungspolitik spielen in der Praxis die Ängste eine größere Rolle als die tatsächliche Bedrohung. Das einzige Mal, wo in nennenswertem Umfang der Öl-Transport in den Westen infolge von militärischer Bedrohung in Mitleidenschaft gezogen worden ist, war im 'Tankerkrieg' gegen Ende des 1. Golfkrieges zwischen dem Iran und dem Irak [für dessen Auslösung zudem die USA mitverantwortlich war). Eine bedeutende Einschränkung des Nachschubs war auch damals jedoch nicht zu verzeichnen. All die arabischen bzw. persischen Führungspersonlichkeiten, die sich als Gegner des Westens profiliert haben, Khomeini, Saddam Hussein und Ghadafi, waren aufgrund von innenpolitischen Notwendigkeiten immer gezwungen, geradezu (falls es Abnehmer gab) den Export zu steigern. Die einzigen Male, wo der westliche Nachschub gefährdet schien, das war in den beiden Ölkrisen. Damals saßen aber in fast allen Öl-Ländern Personen am Ruder, die letztlich nur eine ähnliche Reichtumsproduktion wie in den westlichen Ländern anstrebten. Deren Zuneigung erkaufte sich der Westen dann durch wirtschaftliche Kooperation.

Nicht zuletzt, weil es also strittig sein kann, inwieweit der Ölnachschub im Nahen und Mittleren Osten gefährdet ist, gibt es darüber, wie das prinzipielle Ziel der Öl-Sicherung sinnvoll umgesetzt werden kann, keine eindeutige Klarheit.

Seit Jahren wird der US-Politik in bezug auf den Irak vorgehalten, sie basiere einzig und allein auf der Forderung: 'Die Sanktionen müssen aufrecht erhalten werden'. Wobei die daraus resultierende Langzeitüberwachung ursprünglich nicht im mindesten durch die UN-Resolutionen 661 vom 6.8.90 sowie 687 vom 3.4.91 angestrebt worden war. Damals hatte man erwartet, spätestens innerhalb eines Jahres seien die entsprechenden Waffen vernichtet worden und der Irak könne wieder Öl exportieren. Die lange Andauer hat sich allein daraus ergeben, daß die USA und Großbritannien jeden 'Erfolg' bei der Waffen-Vernichtung oder in Form anderer irakische Zugeständnisse immer nur dazu genutzt haben, dauernd wieder neue Forderungen draufzusatteln. Statt die Aufhebung des Embargos vom irakischen Wohlverhalten in der Waffenfrage abhängig zu machen, wie es der Resolutions-text von 1991 vorsieht, wurde diese unter der Hand dahingehend uminterpretiert, eine Aufhebung sei von einer Entmachtung Saddams abhängig.

Angesichts dessen, was sich die westlichen Führungen nach dem II. Golfkrieg von der Sanktionspolitik erhofft hatten, kann man sie nur als Mißerfolg bezeichnen: Ein Regimewechsel wurde nicht herbeigeführt. Diese Politik wird auch in US-Kreisen, die normalerweise der Regierungspolitik nicht gerade oppositionell gegenüberstehen, kritisiert.

Der Palästina-Konflikt

Ursprünglich hatte die USA nach dem 11. Golfkrieg darauf gesetzt, perspektivisch mittels dreier verschiedener Elemente Ruhe in die Ölregion zu bekommen:

1. Die ökonomische Einbindung in die westliche Wirtschaft sollte durch finanzielle und unternehmerische Kooperationen verstärkt werden.
2. Iran und Irak sollten gleichermaßen außenpolitisch isoliert werden.

3. Der Friedensprozeß zwischen Israel und Palästina sollte soweit vorangetrieben werden, daß dieser politische Sprengsatz endlich entschärft werde.

An der Notwendigkeit einer solchen neuen Regionalpolitik konnte es keinen Zweifel geben. Laut Margaret Thatcher war lange, bevor der 11. Golfkrieg dann in die heiße Phase eintrat, den Alliierten bereits klar, daß hernach *»ein regionales Sicherheitssystem aufgebaut werden (mußte), um den Irak auch künftig unter Kontrolle zu halten*«. Die Beherrschung des Iraks, ohne dieses Land zu besetzen, setzte zumindest voraus, daß keines der umliegenden Länder bereit wäre, sich mit dem Irak zu verbünden und die Konfrontation mit dem Westen zu suchen. Besser wäre es natürlich, wenn sich die Mehrzahl der angrenzenden Länder aktiv mit dem Westen identifizierte.

Offensichtlich kam es, damit dieses ermöglicht würde, sehr wesentlich darauf an, einen Ausgleich zwischen den Israelis und den Palästinensern zuwege zu bringen. Zwar gibt es keine naturwüchsige Interessenidentität zwischen der Bevölkerung in den arabischen Ländern und den Palästinensern. Aber Entspannung in der Palästina-Frage ist allemal ein Lackmus-Test, der den arabischen Massen und ihren Regierungen gezeigt hätte, auch der Westen wäre bereit, ihre Interessen ernstzunehmen. Und sich nicht weiterhin, wie in der Vergangenheit, unbeschadet der Auswirkungen auf die arabischen Länder rücksichtslos auf die Seite der westlichen Siedlerkolonie Israel zu schlagen. Eine Ausweitung der Handelsbeziehungen seitens des Westens, welche die ökonomische Entwicklung und damit den Lebensstandard der Bevölkerung in den arabischen Ländern hätte anwachsen lassen, wäre das Sahnehäubchen obendrauf gewesen.

Obwohl die USA und die EU einiges in die Wege geleitet hatten, damit über die Formel 'Land gegen Frieden' eine Befriedung des Palästinenser-Konfliktes erzielt werden konnte, ist das Ergebnis aus Sicht der führenden westlichen Länder sehr weit von dem entfernt, was diese als optimal bezeichnen würden: Zwar ist der Oslo-Prozeß nicht gescheitert, aber aufgrund der Klassenlage in Israel war es nicht möglich, diese Entwicklung soweit voranzutreiben, daß die Palästinenser bzw. die Bevölkerung in den arabischen Ländern diesen vollen Herzens akzeptieren könnten. Weil die innenpolitischen Verhältnisse in Israel nur eine völlig abhängige politische Verwaltung der Palästinenser zulassen, muß das Ergebnis – angesichts der vormaligen Träume – nur wie Hohn erscheinen.

Die Situation ist aus Sicht des Westens also wenig erfreulich: Eigentlich hat er ein Interesse daran, daß Israel nachgibt. Dementsprechend übt der Westen Druck auf Israel aus. Dann zeigt sich aber, für eine Veränderung Israels gibt es Grenzen, die kurzfristig nicht überwindbar sind. Die daraus erwachsende Haltung Israels ließ die Ablehnung bei den arabischen Völkern anwachsen. Diese sind deshalb nur bedingt bereit, sich voll und ganz auf Seiten des Westens zu schlagen. Letzteres schwächt die pro-westliche Position ihrer Regierungen. Das wiederum macht Israel für den Westen wieder wichtiger. Immerhin ist das der einzig verlässliche Partner, weil völlig klar ist, ohne Beistand des Westens kann Israel nicht überleben. Das heißt dann wieder, die USA muß zwangsläufig den Druck auf Israel verringern, was die Sympathie bei den Arabern nicht gerade erhöht. Scheinbar ein Teufelskreis.

Nun bedeutet das aber nicht, der Prozeß ließe sich wirklich aufhalten oder gar umkehren. Es ist nicht abzusehen, daß es in näherer Zukunft zu einer größeren Konfrontation zwischen der Mehrheit der arabischen Länder und dem Westen kommt, wie es z.B. in den 60er Jahren gegeben war. In bezug auf die arabische Bevölkerung ist völlig klar, daß eine Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lage nur dann möglich ist, wenn ihre Länder auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung und damit der Anbindung an den Westen voranschreiten. Denn der Fundamentalismus entpuppte sich mehr und mehr als Sackgasse. Und die eigentliche Alternative 'Sozialismus' steht sowieso nirgendwo zur Diskussion.

Auch bezüglich des Verhältnisses zwischen Israel und Palästina ist jetzt bereits völlig sicher, daß die Verlangsamung des Oslo-Prozesses nicht auf dessen Auslöschung hinausläuft. Denn auf Dauer wird das prinzipielle Interesse, das sowohl Israel wie auch der Westen an einer Beruhigung der Lage haben, zu so etwas wie einem Palästinenser-Staat führen, der freilich aller Wahrscheinlichkeit nach völlig abhängig von Israel sein wird. Für die Durchsetzung einer Alternative ist die palästinensische Nationalbewegung zu schwach. Und falls sich die PLO ausklinken würde, wäre das wahrscheinlich ihr politischer Tod, weil sie dann überhaupt nichts mehr anzubieten hätte. Der Oslo-Prozeß wird also so weiter vorangetrieben, wie in den letzten Jahren bereits schon.

Die Politik der doppelten Eindämmung

Die vertrackte Lage des Israel-/Palästina-Problems erschwerte natürlich die westliche Politik der Isolierung des Iraks. Seitens der USA war zu dessen Durchsetzung auf das 'Prinzip der doppelten Eindämmung' gesetzt worden. Diese gegenüber den Jahrzehnten vor dem zweiten Golfkrieg fundamental andersgelagerte Politik verfolgt die USA in der Golfregion seit dem Mai 1993. Hierunter ist zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten anders als früher nicht mehr den Iran und den Irak gegeneinander ausspielen, sondern darauf setzen, beide gleichzeitig unter Kontrolle zu halten. Diese seit dem zweiten Golfkrieg verfolgte Politik wurde am 18.5.1993 endgültig offizielle US-Politik. Damals, kurz nach dem Regierungsantritt Bill Clintons, skizzierte der für den Nahen Osten verantwortliche Mitarbeiter im Sicherheits-Stab des Präsidenten, Martin Indyk, in einer Rede vor dem Washingtoner 'Institut für Nahost-Politik' die Grundlagen der neuen US-Politik: Die Vereinigten Staaten würden in Zukunft »gleichzeitig das irakische und das iranische Regime angreifen. Wir werden uns nicht mehr auf eines von beiden stützen (...), um das andere anzugreifen«.

Geändert wurde die US-Politik nicht etwa, weil sich an den strategischen Interessen etwas geändert hätte. Der damalige US-Sicherheitsberater Anthony Lake schrieb: »Das grundlegende strategische Prinzip im Persischen Golf ist es, ein vorteilhaftes Machtgleichgewicht zu schaffen, welches höchst wichtige amerikanische Interessen an der Sicherheit unserer Freunde und den freien Fluß von Erdöl zu stabilen Preisen garantiert«. Geändert wurde die US-Politik durch die Clinton-Regierung, weil sich ihrer Meinung nach die Verhältnisse vor Ort geändert hätten: »Frühere (US)-Administrationen stützten sich (...) auf regionale Machtbalancen. Zuerst haben die Vereinigten Staaten den Iran unter dem Schah als vermeintliche Säule der Stabilität aufgebaut. Dann unter-

stützten sie Saddam Husseins Irak im Krieg gegen das revolutionäre Iran, um den Einfluß der islamistischen Khomeini-Regierung einzudämmen. Beide Vorgehensweisen haben sich als Desaster erwiesen. (...) Die Strategie der Clinton-Administration (...) basiert auf der Prämisse, daß heute beide Regime unseren Interessen feindlich gegenüberstehen. Die Politik, eines zu unterstützen, um es gegen das andere einzusetzen, wird deshalb zugunsten einer Politik der 'zweifachen Eindämmung' zurückgewiesen«.

Tatsächlich haben sich die Ausgangsbedingungen vor Ort nur wenig geändert. Anders sehen nur die Rahmenbedingungen aus: Vor dem Zusammenbruch des realen Sozialismus gab es ein festes Koordinatensystem. In der Regel mußten sich Iran und Irak für den Westen oder den Osten entscheiden. Und selbst wenn sie es nicht eindeutig taten, wie der Iran im 1. Golfkrieg, war von vornherein klar, wegen des Blockgegensatzes konnte der Konflikt ein bestimmtes Maß nicht übersteigen. Heute muß sich die USA damit herummärgeln, daß sowohl Iran und Irak sich nicht unterordnen, sondern geradezu aus der unsicheren Lage Profit schlagen. Und auch die Europäer versuchen – auf viel bescheidenerem Niveau – eine eigenständigere Nahost-Politik. Deshalb gelang es den USA auch nicht, die Europäer in der Frage der 'doppelten Eindämmung' auf diesen Kurs zu verpflichten.

Diese bis heute gültige US-Politik ist »nicht (...) 'westliche Politik' gewesen; die europäischen Partner der USA haben an ihrer Zweckmäßigkeit immer wieder Kritik geübt. (...) Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – allen voran die Bundesrepublik Deutschland – stellte die politische Wirksamkeit des Containments von Anfang in Frage: Gerade durch die Zusammenarbeit werde die Stellung jener in Teheran gestärkt, die (...) einen Interessenausgleich mit dem Westen wünschten (...)« (Internationale Politik, Nr. 3/95). In bezug auf den Irak wurde diese Politik sehr wesentlich von Frankreich kritisiert. Von Anfang an waren die meisten EU-Länder von dieser Politik nicht begeistert, in den letzten Jahren nahm ihr Widerstand sogar noch zu.

Das Unabhängigkeitsbestreben der Europäer respektive der Deutschen findet seine Grenzen dort, wo klar wird: Sie allein können sich nicht der Bedrohung entgegenstellen. Charakteristisch für das gebrochene Verhalten Deutschlands waren die Aktivitäten in der aktuellen Irak-Krise. Zwar wurde recht frühzeitig dem Druck der USA nachgegeben und wurden Militärflughäfen in Deutschland als Basen für die US-Luftflotte freigegeben. Charakteristischerweise erläuterte Kohl jedoch nicht, ob damit eventuell nur die Flugplätze der Briten und US-Amerikaner gemeint waren oder ob auch Luftwaffen-Fliegerhorste zur Verfügung ständen. Zudem hielt es die Bundesregierung diesmal nicht einmal mehr für nötig – wie selbst die Niederländer – irgendein Versorgungsgeschweige denn ein Kriegsschiff in den Persischen Golf zu entsenden. Das war im 11. Golfkrieg noch anders, als die Bundeswehr immerhin eine Geschwader zur Sicherung der türkisch-irakischen Grenze abstellte.

Mehr Kopfschmerzen als die distanzierte Haltung der Europäer bereitete den USA freilich die Tatsache, daß die Politik der 'doppelten Eindämmung' bei weitem nicht das erbrachte, was man sich vorher davon versprochen hatte. Welche unsinnige Konsequenzen diese Politik notwendigerweise zeitigen mußte, hätte die USA bereits im 11. Golfkrieg erkennen können, als der Irak einen Teil seiner Luftflotte im Iran 'parken' und damit der Zerstörung durch die USA ent-

ziehen konnte. Späterhin ermöglichte es der Iran dem Irak, trotz des weltweiten UN-Embargos, Öl über iranische Mittelsmänner zu verschiffen. Permanent dürfen irakische Blockadebrecher, völlig unbehelligt von der iranischen Kriegsmarine, die persische 12-Meilen-Zone durchfahren, damit die internationalen Embargo-Kontrolleure diese Schiffe nicht abfangen können. Sogar falsche Frachtpapiere stellen die iranischen Behörden aus. Dem Irak sollen diese Geschäfte bis zu 100 Mill. Dollar im Jahr einbringen.

Statt den Iran und den Irak zu isolieren, wurden die beiden Parias durch die US-Politik förmlich gezwungen, zwar nicht gerade ein Bündnis zu schließen, sich aber doch nicht unbedingt feindlich gegenüber einander zu verhalten. Es wird deshalb also nicht von ungefähr selbst auf 'hoher US-Regierungs-Ebene' zunehmend der Sinn einer fortdauernden Blockade von Iran und Irak überdacht. Weil ungeachtet dessen jedoch selbst in den Augen von US-Kritikern dieser Politik »(d)ie fortdauernde Herrschaft von Saddam Hussein eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit der Region (ausübt)«, mußten die USA parallel zum militärischen und außenpolitischen Druck also zwangsläufig weiterhin darauf setzen, den Irak von innen her aufzubrechen.

Die Situation der irakischen Bevölkerung

Nicht zuletzt dazu dient das Embargo. Es hat freilich den Anschein, als ob es sich selbst aus US-Sicht als kontraproduktiv erwiesen hätte. Denn betroffen sind 1. vorwiegend die Ärmsten der Armen und 2. führt es nicht zur Opposition gegenüber dem Saddam-Regime, sondern bestärkt es sogar. Pro Jahr verliert der Irak durchschnittlich 15 bis 20 Mrd. Dollar infolge von fehlenden Öleinnahmen. Entsprechend schlecht ist die Versorgung der Bevölkerung. Daraus resultierend soll bis Ende 1994 die Kinder-Sterblichkeits-Rate von 2,6% Ende der 80er Jahre auf 9,3% gestiegen sein. In den nächsten Jahren wuchs sie dann sogar auf 12,6% an; sie sechsfachte sich also in etwa. Dieser Wert war zuletzt Anfang der 70er Jahre verzeichnet worden. Ein UN-Report vom Oktober 1996 bezifferte die Zahl der Kinder unter fünf Jahren, die aufgrund von Unterernährung und Krankheiten infolge fehlender Arzneien sterben, auf 4.500 monatlich. Bezeichnenderweise stieg die Zahl der Typhus-Fälle von circa 2.000 89/90 auf 25.000 im Jahre 94/95. Die FAO schätzte die Zahl der Toten aufgrund des Embargos bereits bis zum Dezember 1995 auf rund eine Million.

Dieses Elend der Bevölkerung ist zwar nicht allein auf das Embargo zurückzuführen, sondern auch auf die Unsummen, die das Regime für kostspielige Regierungspaläste oder die größte Moschee der Welt ausgegeben hat. Aber letzteres reichte nicht hin, damit sich der aus diesen beschränkten Lebensverhältnissen resultierende Haß gegen das Saddam-Regime richtete. Im Gegenteil, für die schlechte Lage wird seit Jahren vornehmlich der Westen verantwortlich gemacht. Es kommt also nicht von ungefähr, wenn Journalisten berichten, es gäbe keine Opposition gegen das Saddam-Regime. Um die Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Saddam-Hussein-Regierung richtig einschätzen zu können, muß man sich auch vor Augen halten, daß es letzterer gelungen ist, so etwas wie ein Wiederaufbau-Wunder zu vollbringen. Natürlich ist das begrenzt, als es in einem Land, das keinem Embargo ausgesetzt ist, möglich wäre. Aber es ist charakteristisch, daß Bagdad, welches in großem Ausmaß zerbombt worden war, innerhalb kurzer Zeit wie-

deraufgebaut worden ist. Diese Leistung wurde durch mehrere Dinge ermöglicht:

- a) Solange der Irak als Gegner des Iran gehätschelt worden war, konnten Ersatzteile und Rohstoffe in Massen eingekauft werden. Das heißt, zu Zeiten des II. Golfkrieges waren die Vorratslager immer noch vergleichsweise voll.
- b) Nach dem Überfall auf Kuwait wurden die dortigen Lager geplündert.
- c) Zu Zeiten des II. Golfkrieges wurden dann ausländische Firmen enteignet. Der Wert ihres Waren- und Maschinenbestandes wird auf bis zu fünf Milliarden Dollar geschätzt.
- d) Mit Hilfe des Irans, der Türkei und Jordaniens war ein, wenn auch begrenzter, Schleichhandel möglich.
- e) Im Lande selbst wurden alle nur eben möglichen Reserven mobilisiert.

1994 erklärte ein führender Mitarbeiter Saddams den Erfolg dieser Roßkur so: »Wenn uns die Amerikaner auch nur ein Schlupfloch offengelassen hätten, dann hätten wir uns auf dieses Schlupfloch konzentriert. So aber blieb uns nichts anderes übrig, als uns auf unsere eigenen Stärken zu verlassen«. Zwar geht bereits für ein Huhn die Hälfte eines Durchschnitts-Monatseinkommens drauf. Aber immer noch sind die unbedingt erforderlichen Grundnahrungsmittel zu erträglichen Preisen erhältlich. Ein Schwerpunkt der Wirtschaftstätigkeit der Bagdader Regierung war nämlich die Ankurbelung der Landwirtschaft. Diese wurde effizienter gestaltet und bevorzugt mit Ressourcen versorgt. Interessanterweise soll nach einer irakischen Quelle trotz der hohen Sterblichkeitsziffer die Zahl der Iraker seit 1990 um 3,5 Mill. bis 1997 angewachsen sein.

All diese 'positiven' Elemente ergeben freilich nur das halbe Bild. Nicht von ungefähr stammen die meisten derjenigen Berichte, die im Irak keine Opposition feststellen wollen, aus Bagdad. Das Saddam-Regime überlebt nicht zuletzt deshalb, weil es sich auf zentrale Interessen der arabischen Sunniten stützen kann. Neben anderen kleineren Minderheiten besteht die irakische Bevölkerung zu 20% aus Kurden, zu 55% aus Schiiten und nur zu 17% aus arabischen Sunniten (die 'irakischen' Kurden sind in ihrer Mehrheit allerdings ebenfalls Sunniten). Diese leben seit Jahrhunderten im Mittelteil des Iraks, im fruchtbaren Großraum Bagdad. Sollte das Baath-Regime unter Saddam Hussein eine nachhaltige Niederlage erleiden, besteht eben die Gefahr einer Dreiteilung des Landes, wie sie sich bereits am Ende des 11. Golfkrieges andeutete.

Dann verlören die Sunniten aber die politische und ökonomische Hegemonie, die sie über die gesamte alte mesopotamische Region bereits seit dem (europäischen) Mittelalter (also lange vor der Gründung des Staates Irak nach dem I. Weltkrieg) innegehabt hatten. Solange es dem Regime gelingt, diese zentralen Bevölkerungsteile ausreichend zu versorgen, ist die Sicherheit des Regimes gewährleistet.

Weil freilich eine Zuspitzung der Versorgungslage keineswegs ausgeschlossen werden kann, muß das Regime aus reinem Selbsterhaltungswillen eine Zulassung zum unbeschränkten Erdölhandel fordern. Es gibt nur zwei Wege, um das durchzusetzen:

1. Unterwerfung unter den Westen, was Abdankung des Saddam-Regimes bedeutet. Dazu ist die Führung um Saddam Hussein selbstredend nicht bereit.
2. Druck auf den Westen auszuüben. Die einzige 'Waffe', die dem irakischen Regime verblieben ist, ist die Drohung mit

einem neuen Waffengang. Das Saddam-Regime müßte also nicht einmal real Waffen 'verstecken', um sich dennoch gegen Waffeninspektionen zu wehren.

Einen bewaffneten Konflikt seitens des Iraks ernsthaft durchziehen zu wollen, wäre natürlich völlig unrealistisch. Aber allein die Drohung genügt, damit der Westen Abermilliarden für den Aufmarsch im Golf rausschmeißen muß. Und damit nehmen die politischen Streitereien zwischen dem Westen und den arabischen Ländern zu, was sich letztlich zugunsten des Iraks auswirkt. Nicht von ungefähr heißt es in einem dpa-Bericht nach Abschluß des Kofi-Annan-Abkommens: »Auf der Haben-Seite verbucht der Irak (...), daß die negativen Auswirkungen der über siebenjährigen Sanktionen wie Hunger und Medikamente ins internationale Bewußtsein vorgedrungen sind«.

Ob daraus in absehbarer Zeit eine endgültige Aufhebung des Embargos folgt, ist fraglich. Immerhin wurde auf diesem Wege jedoch die Anhebung der zugelassenen Geschäfte 'Öl gegen Lebensmittel' 'erkämpft'. Falls sich dennoch die Versorgungslage zuspitzen sollte, dürften es oppositionelle Regungen schwer haben (wenn sie nicht wie die Kurden im Norden eine abgeschlossene Macht-Region haben), solange die riesige Machtbasis in der Verwaltung und beim Militär ausreichend versorgt werden kann. Das diktatorische Saddam-Regime hat immer noch genügend Repressionsinstrumente in der Hand, um völlig willkürlich, und ohne auf einen eventuellen Unmut im stillen Kämmerlein Rücksicht nehmen zu müssen, regieren zu können. Soweit erkennbar, dürfte sich in absehbarer Zukunft das erst dann wieder ändern, wenn diese relative innere Stärke durch äußeren politischen und militärischen Druck in Frage gestellt würde.

Erwartungen der USA an die irakische Opposition

All das weiß sicherlich auch die Führung der USA. Heißt das jedoch, sie müßte ihre Hoffnung auf eine interne Oppositionsbewegung aufgeben und allein auf den militärischen Weg setzen? Scheinbar ja.

Wenn man sich freilich die Entwicklungen im 11. Golfkrieg vergegenwärtigt, dann stellt sich die Lage anders dar: Am 8.1.91, also unmittelbar vor dem eigentlichen Angriff, hatten sich im Weißen Haus zentrale Arabien-Experten der US-Regierung versammelt, um mit dem Präsidenten die Lage einzuschätzen. Hinsichtlich einer eventuellen Opposition im Lande war die Meinung eindeutig: Die frühere US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, erklärte z.B.: »Saddam habe seine Truppen an der Kandare (...) Sie würden sich weder ergeben noch rebellieren«. Desweiteren wies sie darauf hin, »daß Saddam (...) von vielen Irakern unterstützt wurde. Vielleicht mochten sie ihn als Person nicht, aber sie standen hinter seinem Programm«. Pat Lang vom militärischen Geheimdienst DIA assistierte ihr: »Saddam hat die Unterstützung des Volkes oder die straffe Kontrolle über das Volk, so daß er in dessen Augen ein legitimer Führer ist«. William Rugh, ein erfahrener Beamter im Außenministerium, erweiterte den Blickwinkel: »(I)m Falle eines Krieges werde es um so schlimmer, je länger er andauere, da sich die Araber um Saddam scharen würden, den Mann, der sich gegen den Westen erhob. Er würde zum Helden gemacht. Ein Sieg war für die Araber sehr wichtig, und selbst gegen eine Supermacht zu verlieren, konnte ein Sieg sein«.

Trotzdem orientierten die Golfkriegs-Alliierten völlig selbstverständlich auf einen Sieg. Die direkte, unmittelbare

Entmachtung Saddam Husseins durch Aktivitäten der alliierten Militärs im II. Golfkrieg stand sowieso nicht auf der Tagesordnung. Nicht zuletzt wegen der mißlichen Erfahrungen in Panama und der Jagd auf Noriega gab es darüber keine Diskussionen. Dennoch war laut Margaret Thatcher für die Golfkriegs-Alliierten klar: »Was Saddam Hussein betraf, würden wir seinen Sturz zwar nicht ausdrücklich anstreben, obwohl dies ein wünschenswerter Nebeneffekt unserer Aktionen sein mochte. Es galt, eine Situation herzustellen, in der sich Saddam Hussein seinem eigenen Volk gegenüber als der geschlagene Anführer einer geschlagenen Armee präsentieren mußte«.

Bedingt trat genau das ja auch ein. Obwohl die Chancen einer oppositionellen Bewegung nicht als sehr hoch veranschlagt wurden – genau wie es heute geschieht –, trat diese am Ende des 11. Golfkrieges machtvoll auf die Bühne. Deren Unterstützung durch die USA fand damals – wie wahrscheinlich auch gegenwärtig – dort ihre Grenze, wo die Gefahr einer Aufspaltung des Iraks bestand. Falls es aber 'nur' um den Austausch des Regimes geht, werden die USA sicherlich bereitwillig jede mögliche Hilfe leisten. Insbesondere da man in den US-Führungszirkeln, allen CIA-Mißerfolgen und Rückschlägen der irakischen Opposition zum Trotz, immer noch fest davon überzeugt ist, auf Dauer müßten die diktatorischen Maßnahmen Saddam Husseins notwendigerweise entweder zum Machtzerfall eben dieses Regimes oder zu einem Aufschwung der Opposition führen. Eingedenk der Ereignisse nach Beendigung des 11. Golfkrieges ist das – darauf weist nicht zuletzt der Leiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, Udo Steinbach, hin-so unsinnig ja tatsächlich nicht. Typisch für des US-Denken ist die Aussage des Forschungsdirektors des Washingtoner 'Instituts für Nah-Ost-Politik', P. Clawson, der zuvor Mitarbeiter des 'Instituts für Nationale Strategische Studien' war: »Da/3 Saddams Herrschaft zerbrechlich ist, wird allgemein anerkannt«.

Perspektive

Solange die USA darauf hoffen können, das Saddam-Regime im Zaum zu halten, gibt es für sie keinen Grund für eine Eskalation des Konfliktes. Angesichts der Kritik, die in der USA an der Irak-Politik der Clinton-Regierung laut geworden ist, scheint sogar eine grundlegendere Änderung dieser Politik möglich. Dabei kommt es nicht einmal darauf an, daß in Teilen der US-Bevölkerung die Stimmung für militärische Aktionen ausgesprochen negativ ist. Als US-Außenministerin Madeleine Albright, Verteidigungsminister William Cohen und Sicherheitsberater Samuel R. Berger auf einer Veranstaltung in Ohio auftraten, wurden sie ausgebuht. Da CNN live übertrug, war das Fiasko um so größer.

Demonstrationen gegen einen Militäreinsatz gab es auch noch in Washington, New York und San Francisco. Mitte Februar votierten 69% der US-Bürger für eine diplomatische Lösung. Der Prozentsatz derer, die ausdrücklich einen Luftangriff befürworteten, war von 40% Anfang Februar auf nunmehr 25% zurückgegangen. Aber nicht zu Unrecht kann die Clinton-Regierung wohl behaupten, faktisch würde eine Mehrheit der US-Bevölkerung, wenn die Bomber dann fliegen, der Regierungspolitik folgen.

Bedeutsamer als die Bevölkerungsstimmung ist sowieso die Kritik, welche aus den zentralen Denkfabriken, den wichtigsten Medien und den politischen Herrschaftszentren gegenüber einer Politik erhoben wird, die nur 'negativ'

bestimmt ist ('Die Sanktionen müssen aufrechterhalten werden'), aber ansonsten keine 'positive' Handlungsperspektive aufweist. Die 'Theorie', es sei eine sehr wesentliche Aufgabe der US-Außenpolitik, 'rogue states' (Schurkenstaaten) zu isolieren und abzuurteilen, ist zwar in Washington noch nicht über Bord geworfen worden (solche moralischen Sichtweisen spielen in der US-Politik traditionell eine größere Rolle), aber die Kritik selbst in staatstragenden Kreisen nimmt zu.

In der allernächsten Zukunft dürfte eine wohlwollendere Politik der USA gegenüber dem Irak aber auf jeden Fall immer noch eine Auswechslung der irakischen Führungsriege voraussetzen. Denn mit Saddam an der Spitze des Iraks wäre das politisch im Westen kaum verständlich zu machen. Es würde wie eine Niederlage wirken, die zu akzeptieren die US-Führung keinen Grund hat. Immerhin haben es die Vereinigten Staaten jedoch hingenommen, daß in der UN ein Beschluß durchging, wonach der Irak in Zukunft jährlich im Gegenzug zu Nahrungsmittelimporten für 10,5 Mrd. Dollar Öl exportieren darf. Das ist mehr als vor dem II. Golfkrieg.

Ansonsten ist freilich davon auszugehen, daß die USA die Politik des letztlich begrenzten Drucks, wie sie in den letzten Jahren praktiziert wurde, weiter fortsetzen werden. Zunächst scheint sich deshalb der Irak genötigt zu sehen, den durch das Kofi-Annan-Abkommen eingeleiteten Weg der Konzessionen tatsächlich erneut mal wieder weiter zu verfolgen. Dieses signalisierte der irakische Außenminister Muhammad Said el Sahhaf. Er offerierte einen »direkten Dia-

log ohne Vorbedingungen«, denn: »Der Dialog ist der richtige Weg, um jedes Problem zwischen zwei Ländern anzugehen, auch zwischen Irak und den USA«.

Bis auf weiteres stellt sich für uns zur Zeit freilich die Lage immer noch so dar: Solange sich die US-Politik nicht verändert, gibt es für uns keinen Grund, diejenige Haltung, die wir anlässlich des 11. Golfkrieges eingenommen haben, in Frage zu stellen.

In Anbetracht der generellen Wichtigkeit, welche die westlichen Führungen dem Druck gegen den Irak zumessen, ist es aus diesem weltpolitischen Gesichtswinkel heraus politisch richtig, Stellung gegenüber dem Westen und zugunsten des Iraks zu beziehen. Der Irak agiert (wie unbewußt auch immer) als Stellvertreter für die Interessen der Dritten Welt gegenüber denjenigen der westlichen Industrienationen. Die Notwendigkeit einer grundlegenden politischen Veränderung seitens der demokratischen Opposition oder der Kurden bleibt dabei völlig unbestritten. Ein 'positiver' Bezug unsererseits auf die Außenpolitik des Iraks steht einer harschen Kritik an den innenpolitischen Verhältnissen des Iraks keineswegs im Wege.

Aber da wir darauf hier fernab sowieso keinen Einfluß haben, müssen wir auch keine Feldzugspläne für die irakische Opposition entwerfen. Sondern können uns auf das konzentrieren, was Auswirkungen auf uns hat: Die weltpolitischen Veränderungen.

U.. Dortmund, 20.5.98 ■

Israel: Ist der Oslo-Prozeß endgültig in der Sackgasse gelandet?

Problematik des Oslo-Abkommens

Als am 13. September 1993 in Washington das Oslo-Abkommen unterzeichnet wurde, schien bei oberflächlicher Betrachtung der Grundstein für einen Frieden zwischen Israel und Palästina gelegt zu sein. »Frieden« bedeutete jedoch nicht eine einvernehmliche Lösung zwischen den beiden Völkern, welche die Interessen von beiden gleichermaßen berücksichtigte. Zu offensichtlich dominierte Israel den Prozeß und war mehr an Befriedung im Sinne von Abwesenheit von Krieg interessiert. Es war nicht bereit, den Palästinensern freie Hand zu lassen bei der Gestaltung ihrer politischen und ökonomischen Strukturen. Ohnehin wäre auf längere Sicht -im günstigsten Falle- nicht mehr als die Gründung eines bürgerlichen Staatswesens zu erwarten.

Daß der Oslo-Prozeß überhaupt zustande kam, lag nicht am Friedenswillen der israelischen Regierung, sondern ihrer Einsicht, daß es so wie bisher nicht weitergehen konnte. In der Intifada hatten sich die Besatzungskosten als zu hoch erwiesen. Bereits 1988 erklärte der damalige Chef des Generalstabes, Generalleutnant Dan Shomron, die Intifada ließe sich nicht militärisch, sondern nur politisch lösen. Täglich mußte das Verteidigungsministerium 1,5 Millionen DM aufbringen - von wirtschaftlichen Verlusten durch ausbleibende Touristen bzw. Auslandsinvestitionen ganz zu schweigen. Zu den weiteren Folgen der anwachsenden Militarisierung gehörten der Widerstand junger Männer gegen den Wehrdienst und die zunehmende Emigration von Juden

aus Israel. Auch außenpolitisch nahmen die Schwierigkeiten zu: Nach dem 11. Golfkrieg wünschten die USA als wichtigste Schutzmacht im Hinblick auf die in der Region neu gewonnenen Bündnispartner eine angemessene Lösung des Problems, so daß Israel zwangsläufig reagieren mußte (z. B. auf den Stop der Milliardenkredite durch die USA). Das Interesse der führenden Industrienationen an wie auch immer gearteter Ruhe in ihrer zentralen und zugleich äußerst sensiblen Energieregion schien ein wesentliches Moment, Israel zu einem formalen Frieden mit den PalästinenserInnen zu drängen.

Für die PLO war als wichtigste Erkenntnis der Intifada bestimmend, daß in absehbarer Zeit das israelische Militär nicht durch zivilen Ungehorsam und steinwerfende Jugendliche vertrieben werden kann. Zudem hatte der Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers sowie die Wahl der »falschen Seite« im 11. Golfkrieg - als Verbündete von Saddam Hussein - die Zahl politisch-alternativer Bündnispartner gegen Null gehen lassen. Die Finanzlage der PLO war zudem prekär. All diese Entwicklungen zusammengenommen führten dazu, daß sich die israelische und die palästinensische Führung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigten, wobei der Vertrag immerhin die Option beinhaltet, daß im Laufe dieses Prozesses in den Autonomiegebieten ein eigenständiger Palästinenserstaat entstehen könnte.

Doch schon unter Rabin, besonders offensichtlich unter Netanjahu geht die israelische Politik in eine Richtung, für

die sich alle möglichen Bezeichnungen finden lassen, nur nicht »Frieden«. Statt Ruhe zu geben, setzt sich Israel offensiv durch. Das Interesse des Westens an Stabilität in der Erdölregion scheint nicht so ausgeprägt zu sein, daß er Israel zum Frieden zwingen müßte. Auf Seiten der PalästinenserInnen reicht die Kraft für eine neue Intifada zwar nicht aus, doch scheinen sie (insbesondere Harnas und die steinewerfenden Jugendlichen) immerhin noch stark genug zu sein, um Unruhe zu verbreiten.

Aktuelle Situation im Nahen Osten

Im Zuge der Umsetzung des ursprünglichen Oslo-Abkommens vom 13.9.93, des Oslo-B-Abkommens vom 28.9.95 sowie des Hebron-Vertrages vom 14.1.97 bekam die palästinensische Autonomiebehörde bisher bereits den allergrößten Teil des Gazastreifens (zwischen 25 % und 30 % der Fläche befinden sich hier noch in den Händen israelischer Siedler) und 27 % des Westjordanlandes unter ihre Kontrolle. Letztlich strebt die Arafat-Führung zwar die Zurückdrängung Israels auch aus dem Rest der besetzten Gebiete an, aber derzeit geht es nur um solche, die bereits nach dem vor einem Jahr abgeschlossenen Hebron-Vertrag in Verbindung mit dem Oslo-B-Abkommen geräumt sein müßten. Arafat wird deshalb nicht müde, zu erklären, er verlange nur das, was er (resp. die anderen Vertragspartner) bereits längst unterschrieben habe. Tatsächlich enthalten die Verträge freilich auch Vorbehalts-Passagen zugunsten von Israel, wonach durch den Rückzug nicht die Sicherheit von Israelis gefährdet und die Verhandlungen über den endgültigen Status nicht vorweggenommen werden dürften. Diese Formulierungen, zunächst als pure Selbstverständlichkeit betrachtet, werden inzwischen von der israelischen Regierung in einer exzessiven Weise interpretiert, die den Oslo-Prozeß zu kippen droht.

So wurde z. B. auf einer Kabinettsitzung der israelischen Regierung am 14.1.98 der überwiegende Teil des Westjordanlandes als überlebenswichtig eingestuft: Die Jordan-Region, das Umfeld der Grenze vor 1967, alle Gebiete, die um Groß-Jerusalem bzw. um jüdische Siedlungen sowie historische Stätten liegen, militärische Stützpunkte, Wasserreserven, Stromleitungen, zentrale Verkehrswege seien tabu. Was das mengenmäßig ausmacht, ist nicht völlig klar: Nach Auffassung des israelischen Verteidigungsministers Yitzhak Mordechai müßten 55 Prozent des Gebietes unter israelischer Kontrolle bleiben; nach Auffassung des Infrastrukturministers Ariel Scharon wären es gar 63,8 Prozent. Faktisch bliebe es für die palästinensische Verwaltung auf jeden Fall bei dem kleinen Gaza-Gebiet sowie Einsprengseln im Westjordanland. Die Autonomie würde auf dem Niveau von Apartheid-Bantustans festgeschrieben. Nach Auffassung eines Mitglieds der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Nabil Schaath, hat Israel damit die Prämisse des Oslo-Prozesses »Land gegen Frieden« aufgegeben. Ein anderes Mitglied, Saib Erekat, sah in der »*Liste der sicherheitsrelevanten Gebiete*« nichts anderes als einen »*Vorwand, um einen weiteren Abzug zu verhindern*«.

Angesichts einer solchen Perspektive ist es also nicht verwunderlich, wie umstritten die Erfüllung des Hebron-Vertrages ist. Nachdem die israelische Armee sich aus dem größten Teil von Hebron zurückgezogen hatte, war damit das Gebiet A des Oslo-B-Abkommens an die palästinensische Verwaltung übergegangen. Dieses Gebiet umfaßt, da Jericho und

Gaza bereits infolge von Oslo-A geräumt worden waren, alle groben Städte des Westjordanlandes mit Ausnahme von Ost-Jerusalem. Gegenwärtig geht der Streit um die weitere Räumung der Gebiete B und C im Westjordanland: Beim Gebiet B handelt es sich um die Kleinstädte und Dörfer. Das Gebiet C meint das ganze dann noch übrigbleibende Territorium, d. h. zum Teil unbesiedeltes Land, zum Teil aber die jüdischen Siedlungen. Die ursprüngliche Zeitplanung wurde durch den Hebron-Vertrag gestreckt: Die Räumung der Gebiete B und C sollte sich in drei Teilschritten zwischen dem 1.3.97 und dem 31.8.98 vollziehen. Die ersten Teiltrückzüge hätten im März bzw. Herbst 1997 erfolgen sollen. Im Gegenzug hatte die palästinensische Administration zugesichert, die sogenannte terroristische Infrastruktur zu zerschlagen, Aktivitäten der Palästinenserbehörden in Jerusalem einzustellen sowie bestimmte Passagen der PLO-Charta, die in besonders drastischer Weise gegen Israel gerichtet sind, zu streichen. Umgekehrt hatte sich Israel bereiterklärt, Gefangene freizulassen, in Gaza einen Flughafen zu genehmigen und den Transferverkehr zwischen Gaza und dem Westjordanland zu ermöglichen.

Tatsächlich fand nicht einmal ein einziger Teiltrückzug stand. Die israelische Regierung stellte auch den Siedlungsbau nicht ein, sondern plant sogar weitere Siedlungen.

Freilich hat die israelische Führung einen weiteren Rückzug nicht völlig verweigert. In seinen Gesprächen mit der US-Führung am 20. und 21.1.98 in Washington soll Netanjahu die Obergrenze von Gebietsräumungen auf 9-9,5 % beziffert haben. Begründet wird die israelische Haltung mit Verletzungen des Vertrages durch die Palästinenser. In der Kabinettsitzung am 13.1.98 wurde ein Rückzugsbeginn im Sommer 98 von der Erfüllung von 50 Forderungen abhängig gemacht. Darin heißt es z. B., die Palästinenser-Polizei müsse alle Terroristen verhaften, sie entwaffnen und jeden Verdächtigen an die israelische Polizei übergeben. Zugleich bestehen die Israelis allerdings auf der Reduzierung der Polizei von zur Zeit 40.000 Mann auf die vertraglich vereinbarte Zahl von 24.000.

Die Sicherheits-Forderungen in dem 12-Seiten-Papier sind also derart, daß nicht einmal Israel, wäre es noch im Besitz der vollständigen Kontrolle der besetzten Gebiete, sie erfüllen könnte. Darüber hinaus verlangt die israelische Regierung die Entfernung jener Passage aus der PLO-Charta, in welcher die Zerstörung Israels gefordert wird. Die entsprechenden Sätze hat das palästinensische Parlament aber bereits 1996 für nichtig erklärt. Die gesamte Politik der PLO, alle Verlautbarungen und von ihr geschlossenen Vereinbarungen beruhen schon seit Mitte der 70er Jahre auf der Anerkennung des Staates Israel; Differenzen betreffen nur noch das 1967 besetzte Gebiet. Aus Sicht der Israelis hat jedoch jene Nichtigkeitserklärung keinen wirklich verbindlichen Charakter. Die PLO-Führung hingegen sieht in dieser israelischen Forderung lediglich ein Manöver.

Der Kern dieses taktischen Geplänkels wurde deutlich in der Erklärung Netanjahus vor seinem Gespräch mit Clinton am 20.1.98: Falls die Palästinenser weiterhin auf der Rückgabe von 80 oder gar 90 Prozent der besetzten Gebiete sowie der Rückgabe von 50 Prozent Jerusalems beständen, »wird es keinen Frieden geben«. Dem hielt Arafat seinerseits unter Verweis auf das Oslo- respektive das Hebron-Abkommen entgegen: »*Ich greife nicht nach den Sternen. Ich fordere nur ein, was im Weißen Haus unterzeichnet worden ist*«. Die

bekannte palästinensische Ministerin Hanan Aschrawi betont: »Netanjahu sucht nur einen Vorwand, die Anwendung der Oslo-Friedensvereinbarungen zu umgehen. Er provoziert doch den Terrorgeradezu. (...) (E)r bemüht (sich), jede Aussicht auf Frieden ein für allemal zunichte zu machen: etwa durch den von den Vereinten Nationen verbotenen Bau neuer jüdischer Siedlungen, durch die forcierte Judaisierung des arabischen Ostteils von Jerusalem. (...) Netanjahus Ansinnen verfolgt wie die meisten anderen israelischen Forderungen allein den Zweck, uns Palästinenser zu erniedrigen und zur Selbstaufgabe zu zwingen, während Israel sich aus der Verantwortung schleicht. Präsident Arafat ist an den Grenzen seiner Möglichkeiten angelangt. (...) Die israelischen Panzer haben schon längst Positionen bezogen und unsere Enklaven hermetisch abgeriegelt. Sie haben uns Palästinenser zu einer Art Hausarrest verdammt« (Spiegel, 11.8.97). Während die Regierung der Arbeitspartei (wenn auch mit nicht unwesentlichen Einschränkungen) der Parole »Land gegen Frieden« folgte, orientiert sich die Likud-Regierung an der Losung »Sicherheit vor Frieden«. Aus ihrer Sicht kann bei dieser politischen Strategie fast nichts schief gehen: Falls die Palästinenser sich zum Widerstand aufrufen, könnten sich die Rechten damit brüsten, das hätten sie immer vorausgesagt. Falls nicht, nimmt die palästinensische Administration ihr die Drecksarbeit bei der Unterdrückung der palästinensischen Opposition ab.

Differenzen in der israelischen Bevölkerung

Die israelische Regierung verfolgt diesen Kurs, obwohl abzusehen ist, daß sie wenigstens kurzfristig ihre Probleme damit nicht gerade verringert. Netanjahus zentrales Wahlkampfargument, allein die harte Likud-Linie vermöge der israelischen Bevölkerung Sicherheit zu garantieren, hat sich als Flop erwiesen - gerade wegen der harten Linie. Davon abgesehen, haben sich die Wirtschaftsbeziehungen Israels zu den arabischen Ländern verschlechtert. Nichtsdestotrotz hat Netanjahu die Rückendeckung eines nicht geringen Teils der israelischen Bevölkerung. Am 14.1.98 demonstrierten 30.000 Rechte auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv. Die Botschaft ihrer Kundgebung an Benjamin Netanjahu war eindeutig: »Du bist gewählt worden, um das Land Israel zu schützen«. Ihrer Meinung nach müßte der Oslo-Prozeß sofort gestoppt werden. Selbst der Rückzug aus nur geringen Teilen des Westjordanlandes wird von den Hardlinern, die 23 Knesset-Abgeordnete stellen, als Verrat aufgefaßt. Symptomatisch war auch die Anzeige von 250 israelischen Rabbinern, die (im Vorfeld des US-Besuches Netanjahus) eine ganzseitige Anzeige in der »International Herald Tribune« schalteten, in der Clinton aufgefordert wurde, keinen Zwang auf die Likud-Regierung auszuüben. Netanjahu solle hart bleiben und nicht wegen des Drucks des Weltöffentlichkeit dem Rückzug aus dem Westjordanland zustimmen. Entsprechend drohte dann am 7.1.98 die in der Regierung sitzende Nationalreligiöse Partei (Mafdal) sogar, sie werde in einen Mißtrauensantrag der Opposition gegen Netanjahu einstimmen, falls er auch nur einen Teilrückzug aus den besetzten Gebieten anordne, ohne daß es eindeutige Sicherheitsgarantien gäbe.

Ein großer Teil der israelischen Bevölkerung macht diese Politik mit, weil der Oslo-Prozeß bisher an ihm vorbeilief. Die unterschiedliche Wählerbasis von Likud und Arbeitspartei ist ein Indiz für unterschiedliche Interessen, die im Oslo-Prozeß auch nur verschiedenartig erfüllt wurden. Der Likud-

Block von Netanjahu wird hauptsächlich von orientalischen und russischen Juden, leicht verkürzt: den Sephardim, gewählt. Demgemäß hatte er bei der Wahl im Mai 1996 seine Wählerhochburgen vor allem in Jerusalem, den sogenannten neuen Entwicklungsstädten, denjenigen landwirtschaftlichen Gebieten, in denen vorwiegend traditionelle Landarbeiter leben, und bei den Siedlern - in der Regel also in den ärmeren Bevölkerungsteilen. Bei Neueinwanderern bekam Netanjahu 60 Prozent der Stimmen; bei solchen aus Rußland waren es sogar 65 Prozent. Peres hingegen gewann in vergleichsweise neuen Großstädten wie Haifa oder Tel Aviv und in denjenigen landwirtschaftlichen Gebieten, in denen es Genossenschaften (Kibbuzim) gibt. Seine Basis waren im wesentlichen Gebiete mit Mittelschichtbevölkerung, vor allem aus dem Milieu der »europäischen« Juden, der Aschenasim. Außerdem wählten ihn die israelischen Araber zu 95 Prozent.

Die Differenzierung dieser Gruppen spiegelt sich in sozialen Unterschieden. So stieg insgesamt für sämtliche jüdischen Gruppen in Israel der Lebensstandard, doch läßt sich feststellen, daß innerhalb der letzten zwanzig Jahre der Abstand zwischen ihnen ungefähr gleichblieb: Orientalische Juden haben im Durchschnitt ein Einkommen, das auf ein Viertel bis ein Drittel desjenigen der Aschenasim kommt. Durch die Einwanderungswellen der letzten Jahre ist der Abstand sogar geringfügig wieder größer geworden. Zwischen 1991 und 1994 stieg die Zahl derjenigen Israelis, die unter die Armutsgrenze fielen, von 487.000 (16,1 Prozent der Bevölkerung) auf 607.000 (18,2 Prozent). Nicht wenige dieser Gruppe werden zwar von Arabern/Palästinensern in Israel gestellt, aber auch der Anteil der Sepharden ist hier sehr hoch. Für solche armen jüdischen Israelis wurde es im Zuge des Oslo-Prozesses schwerer, an ein Haus zu kommen, denn die Beschränkungen des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten ließen die Häuser-Preise steigen. Solche Underdogs wählten dann rechts. Die rechte Shas-Partei steigerte ihre Abgeordnetenzahl bei der 96er Wahl von 6 auf 10 Abgeordnete. Ihre Wählerbasis findet sich insbesondere bei armen Sepharden. Die vornehmlich von russischen Einwandern gewählte Immigrantepartei, deren Politik noch rechts von der Likud-Mehrheit anzusiedeln ist, konnte gleich sieben Sitze für sich verbuchen.

Im Wahlergebnis drückt sich aber auch aus, wie unterschiedlich verschiedene gesellschaftliche Gruppen vom Oslo-Prozeß selbst profitierten. Aufgrund der entspannteren Beziehungen zu den arabischen Nachbarländern machten vor allem große Geschäftsleute Gewinne, in deren Kreisen (mittel)europäische bzw. US-amerikanische Juden überrepräsentiert sind. Die Vertreter der israelischen Konzerne unterstützten ganz bewußt den Wahlkampf für den Fortbestand der Peres-Regierung. Je höher das Einkommen war, desto größer war die Neigung, Abgeordnete zu wählen, die sich für einen Friedenskurs einsetzten.

Dies bedeutet nicht, daß die israelische Regierung keine Basis in der Wirtschaft hätte. Zwar ist die Beziehung eines großen Teils der israelischen Wirtschaft zur Regierung gebrochen. Einigen wichtigen Sektoren wäre der Oslo-Kurs lieber gewesen. Zur Zeit können aber diese Unternehmen mit dem Rückgang der Geschäfte in den arabischen Raum noch ganz gut leben, solange seitens der Regierung die Rüstungsgelder fließen und die Wirtschaftsbeziehungen zur EU sowie insbesondere zu den USA nicht nur weitergehen, sondern sogar

wachsen. Massiver Druck gegen die Regierung wird nicht zuletzt deshalb verhindert, weil die Interessenlage eines zentralen Wirtschaftsbereiches spezifisch aus der allgemeinen Interessenlage herausfällt: die der High-Tech-Industrie. Für diesen Sektor haben die Verbindungen in die arabischen Länder nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Geschäftsbeziehungen zu den arabischen Staaten sind in dieser Branche naturgemäß deshalb nicht so groß, weil diese technologisch weniger entwickelt sind. Exporte in die USA und in die EU spielen die wichtigste Rolle. Auch dieser Industriesektor wendet sich zwar nicht ausdrücklich gegen den Oslo-Prozeß, aber er kann weitaus besser als andere Industriezweige damit leben, wenn er nicht vorankommt. Insofern gibt es hier sogar eine gewisse Interessenidentität mit den Likud-Hardlinern. Von der Netanjahu-Regierung wird dieser Wirtschaftssektor, der inzwischen zum wichtigsten israelischen Exportbereich geworden ist, besonders gefördert.

Für eine Entspannungspolitik spräche indessen nicht zuletzt die aktuelle Situation der israelischen Gesamtwirtschaft, die sich wieder einmal auf schwierigem Kurs befindet. Die Aufträge gingen zurück; die Kapazitätsauslastung schrumpft. Die aus Asien herüberschwappenden Probleme werden die Situation jetzt noch weiter verschärfen. 1994 betrug das Wirtschaftswachstum 6,5 Prozent. Im Jahr darauf wuchs die israelische Wirtschaft um 7,1 Prozent. Es hatte zumindest den Anschein, als ob das Land vom Oslo-Prozeß profitierte. 1996 waren es dann nur noch 4,4 Prozent, und 1997 ging die Rate auf 2 Prozent herunter. Für 1998 werden, nachdem optimistische Prognosen nach unten korrigiert werden mußten, nur noch 1,5 Prozent erwartet. Weil zudem ein Großteil der arabischen Länder inzwischen wieder den Handel mit Israel boykottiert, halten sich auch viele westliche Konzerne wie früher offensichtlich zurück. Da zugleich die Bevölkerung um 2,5 Prozent wuchs, sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sogar um 1 Prozent. Zu Beginn von Netanjahus Amtszeit, vor circa 20 Monaten, lag die Arbeitslosenrate bei 6,7 Prozent; im Dezember 1997 erreichte sie bereits 8,2 Prozent. Insbesondere in den Siedlungsgebieten, in denen der Likud-Block bei Wahlen besonders viele Stimmen bekam, ist die Arbeitslosigkeit hoch. Bis Ende '98 könnte eine Arbeitslosenrate von 9 Prozent erreicht werden. Eine höhere Neuverschuldung ist auch in Sicht. Der Schuldendienst macht bereits 30 Prozent des israelischen Staatshaushaltes aus.

Indessen könnten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten politisch als zweischneidiges Schwert erweisen. Zum einen verdeutlichen sie die Notwendigkeit des Oslo-Kurses. Zum anderen könnten sie jedoch zu einer Stärkung von nationalistischen Positionen führen, insbesondere bei den Likud-Anhängern. Denn der Arbeiter ohne politisches Klassenbewußtsein, dem der Arbeitsplatz weggenommen wird, sieht vor allem in dem Palästinenser den Feind. Die Spaltung der israelischen Gesellschaft bedeutet: Solange Netanjahu seine »Kampfansagen gegen die alten Eliten« (eben die »europäischen« Juden) richtet, hat er die Unterstützung der orientalischen Juden, auch wenn gerade sie unter den neu entflammten Auseinandersetzungen mit den Palästinensern zu leiden haben. Denn die Erfahrung der orientalischen Juden, auch in Israel gesellschaftlich nicht voll akzeptiert zu sein, bestärkt diese dann in der Ablehnung der Palästinenser: »Ein einfacher Israeli, der in der Fabrik, auf der Baustelle oder in der Landwirtschaft arbeitet, hat mehr Kontakt zu

Palästinensern – ob sie nun aus den besetzten Gebieten oder aus Israel selbst stammen – als jeder Rechtsanwalt im schicken Norden Tel Avivs. Das aber führt nicht etwa zu größerer Nähe, ganz im Gegenteil: Wer mit den Arabern den billigen Arbeitsmarkt und Lebensstandard teilen muß, der will sich wenigstens ethnisch von ihnen unterscheiden. Und das geht am besten, wenn man ihnen die Feindschaft erklärt. Diesem Verhaltensmuster folgen inzwischen auch die Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.« (Zeit, 8.8.97).

Aber auch dieser Teil der Bevölkerung, ganz zu schweigen von dem, der aufgrund seiner Interessenlage an der Beibehaltung des Oslo-Kurses interessiert ist, sieht sich eben immer wieder mit dem zentralen Problem des Netanjahu-Kurses konfrontiert: Der willkürliche und drakonische Kurs der israelischen Regierung zwingt erst die Palästinenser wieder auf den Weg des gewalttätigen Widerstandes. Nicht zuletzt die Siedlungs-Pläne werden die Situation weiter verschärfen. Nach den aktuellen Planungen der israelischen Regierung soll die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten von jetzt 180.000 auf circa 250.000 steigen. Hinzuzurechnen sind hierzu noch die 200.000 Israelis, die faktisch als Siedler im Großraum Jerusalem leben. Aber weil selbst nach dieser Steigerung die Zahl der Siedler gerade 4,8 Prozent aller israelischen Bürger bzw. 5,6 Prozent aller Juden ausmacht, die in Israel leben, macht dieses Mißverhältnis die durch jene kleine, aber gut organisierte Gruppe verursachten politischen Probleme so bedrückend.

So bekommt z. B. die »United Thora Judaism« für den Neubau von Religionschulen 260 Mio. DM. Die Nationalreligiöse Partei erhält 80 Mio. DM. Weitere 40 Mio. DM gehen an die rechtsaußen angesiedelte Moldet-Partei, obwohl sie nicht zur Regierungskoalition gehört. Damit soll u.a. der Piratensender der Siedler legalisiert werden. Nicht zuletzt wegen dieser Gelder für rechtsideologische Splittergruppen fehlt es dann in volkswirtschaftlich sinnvollen Bereichen. Mögliche Arbeitsplätze kommen deshalb erst gar nicht zustande. Der mit dem Hinweis auf die Verschleppung des Friedensprozesses und den sozial unausgeglichenen Haushalt begründete Rücktritt von Außenminister David Levy am 4.1.98 ist ein Indiz dafür, wie sehr selbst konservative Kernfraktionen der Rechten mit der aktuellen Politik Probleme bekommen. Als nach dem Ausscheiden der Levy-Partei die Zustimmung zum neuen Etat auf Messers Schneide stand, half die Moldet-Partei in der Haushaltsabstimmung am 7.1.98 Netanjahu aus dem Schlamassel.

So stark solche Rechte die augenblickliche Regierungspolitik auch bestimmen, so dienen sie doch andererseits als Alibi. Wenn Netanjahu immer auf den engen Spielraum hinweist, den ihm die Falken in seinem Kabinett lassen, ist das nur ein Teil der Wahrheit, denn mit Hilfe der oppositionellen Arbeitspartei wäre es ein leichtes, eine Mehrheit für den Fortgang des Oslo-Prozesses zu erlangen. Das Camp-David-Abkommen bekam der Likud-Ministerpräsident Menachem Begin 1979 nur mit den Stimmen der oppositionellen Arbeitspartei gegen Abweichler seiner eigenen Fraktion durch. Laut einer Umfrage vom Januar 1998 wünschen weiterhin 59 % der Israelis die Fortsetzung. Bei einer anderen Befragung zeigten sich gleich 83,1 Prozent darüber besorgt, daß »Oslo« so sehr stocke. Immerhin fanden sich am 8.11.97 gleich 200.000 Israelis zu der größten Kundgebung in der Geschichte des Landes zusammen, um gegen die »Blockadepolitik« der Regierung zu protestieren und »die Fortsetzung

des Friedensprozesses« zu fordern. Selbst 23 Abgeordnete der Regierungskoalition, die sich als »gemäßigt« verstehen, drohten inzwischen mit ihrem Auszug aus der Regierung, falls es nicht zu einem Abzug aus den besetzten Gebieten komme. Symptomatisch ist es auch, daß im Vorfeld des US-Besuches von Ministerpräsident Netanjahu 185 israelische Reserveoffiziere bzw. Soldaten der Reserve einen Offenen Brief schrieben, in dem sie Netanjahu aufforderten, »den Weg des Friedens zu wählen«. Sie fragten »nach der moralischen Berechtigung unseres Weges«, wenn der »Regierung . . . die Existenz von Siedlungen jenseits der Grünen Grenze wichtiger ist als das Ende eines historischen Konfliktes« (Freitag, 23.1.98).

Die Möglichkeiten der PLO sind begrenzt

Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse (der desolaten sozialen Lage der Bevölkerung nach gut einem halben Jahrhundert Dauerkonflikt und des Wegfalls des realsozialistischen Lagers) gibt es für die PLO kaum eine Basis für eine prinzipiell andere Politik. Israel kann sich so unzugänglich zeigen, weil die Widerstandsmöglichkeiten der palästinensischen Seite begrenzt sind. Nicht zuletzt wegen der dauernden israelischen Abriegelungen der besetzten Gebiete beträgt im Gazastreifen zur Zeit die Arbeitslosigkeit 65 Prozent; im Westjordanland sind 48 Prozent arbeitslos. Verglichen mit früheren Zeiten hat die israelische Wirtschaft mit der Aussperrung der palästinensischen Arbeiter wenig Schwierigkeiten, denn inzwischen wurden circa 300.000 'Gastarbeiter' ins Land geholt, welche die früheren Hilfskräfte ersetzen können. Aktuell werden bestenfalls noch 25.000 bis 50.000 palästinensische Arbeiter in Israel gebraucht. Die ökonomische Situation der Autonomiegebiete hat sich im Laufe des Oslo-Prozesses deutlich verschlechtert. Die Exporte gehen zurück. Das Pro-Kopf-Einkommen sinkt. Allein durch die Abriegelungen sollen die Palästinenser-Gebiete nach Angaben einer palästinensischen Menschenrechtsgruppe im statistischen Durchschnitt täglich 6 Mill. Dollar verlieren. Da zwischen der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im Herbst 1993 und im Sommer 1997 an 318 Tagen abgeriegelt worden ist, ergibt das eine Summe von rund 1,9 Mrd. Dollar. In der gleichen Zeit übermittelten die »Spender-Nationen« ca. 1,5 Mrd. Dollar an die palästinensische Verwaltung. Die Autonomie-Verwaltung veranschlagt die täglichen Einbußen sogar mit 9 Millionen Dollar. Nach UN-Berechnungen sollen sich die Verluste für den Zeitraum 1992 bis 1996 auf 6 Milliarden Dollar summieren.

Je länger der Schwebezustand zwischen Frieden und offizieller Besetzung anhält, desto prekärer wird die Situation: Fehlten zwischen 1993 und 1997 infolge des Mißverhältnisses zwischen ausländischen Spenden und Schäden durch die Abriegelungen insgesamt mindestens 400 Mill. Dollar, so war allein 1997 der Schaden mit 230 Mill. Dollar bereits mehr als doppelt so groß wie die Spenden, die gleichzeitig hereinkamen. Denn diese nehmen angesichts der ungeklärten Situation nicht gerade zu. Bei privaten Investitionen sieht es so aus, daß diese 1992 noch gut viermal so hoch waren wie 1996. Zwischen 1992 und 1996 soll der Lebensstandard im Gazastreifen um 46 Prozent gesunken sein. Im gesamten besetzten Gebiet zusammengenommen soll das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1993 und 1997 um 35 Prozent zurückgegangen sein. Praktisch der gesamte Außenhandel muß weiterhin durch Israel hindurch erfolgen, unter

anderem wegen des Pariser Wirtschaftsabkommens vom 29.4.94 zwischen Israel, den Spender-Ländern und der PLO, nicht zuletzt jedoch auch, weil der Flughafen in Gaza zwar fertiggestellt ist, aber wegen israelischer Sicherheitsbedenken nicht in Betrieb gehen darf. Israel und das Autonomiegebiet sind somit Teile einer »ungleichen Zollunion, deren Fenster zur Außenwelt bis heute einzig Israel unter Kontrolle hat. Palästinensische Ein- und Ausfuhren sind durch Quoten geregelt, sie werden jedoch immer wieder durch israelische 'Sicherheitsmaßnahmen' in Häfen und Flughäfen behindert« (NZZ, 16.7.97).

Wenn es angesichts dieser desolaten Situation Arbeit gibt, dann wesentlich in den Diensten der palästinensischen Verwaltung. Direkt oder indirekt sind bei ihr bis zu einem Viertel der palästinensischen Arbeiter in Lohn und Brot. Sie besteht für nur circa 1,5 Mill. Menschen aus einem umfangreichen Präsidentenbüro sowie 23 Ministerien. Aufgeteilt ist diese Verwaltung auf 22 Behörden, 9 regionale Verwaltungen und gleich 7 Sicherheitsbüros. Allein die verschiedenen Abteilungen des palästinensischen Sicherheitsapparats bieten fast 40.000 Menschen Arbeit. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist das weltweit eine der höchsten Polizeidichten. Wenn es fast nur bei der Arafat-Führung Jobs gibt, dann ist klar, wem gegenüber ein Großteil die Bevölkerung in ganz besonderer Weise Loyalität empfindet – nämlich einer palästinensischen Verwaltung, die voll und ganz darauf orientiert, mittels Verhandlungen zum Palästinenser-Staat zu kommen.

Immerhin vorhandene Planspiele innerhalb der Palästinenser-Verwaltung, eventuell Israel mit dem Einsatz schwerer Waffen zu bedrohen, haben militärisch keinen Wert, können bestenfalls als politisches Druckmittel dienen. Um dennoch Israel wenigstens ein Stück weit militant unter Druck zu setzen, droht die PLO-Führung gelegentlich mit einer Neuauflage der Intifada. Unmittelbar vor Netanjahus US-Besuch rasselte Arafat mit dem Säbel: »Wir sind bereit, wieder sieben Jahre Intifada zu beginnen«. Vor dem Ende seines eigenen Washington-Besuches erklärte er, Netanjahu sei »mit leeren Händen« nach Washington gekommen. Seine »Angebote« seien »Peanuts«. Das Scheitern des Friedensprozesses werde zu »Explosionen« führen. Der Aufruf zur Intifada geht jedoch zur Zeit an einem Großteil der PalästinenserInnen vorbei, weil sie von den Sorgen des täglichen Überlebens bedrückt werden.

Der 10. Jahrestag der Intifada, die in großem Stil am 8.12.87 ausgebrochen war, wäre immerhin eine gute Gelegenheit gewesen, durch Massenkundgebungen Druck auszuüben. Geschehen ist nichts: Arafat hatte sich zu einer Europareise aufgemacht. Und Harnas (die zur Zeit mit einer Wählerschaft von 17 Prozent der PalästinenserInnen rechnen könnte) schob ihre Kundgebung, die dann auch nicht so machtvoll ausfiel, bis zu seiner Rückkehr auf. Typischerweise reagierte die Palästinenser-Administration kaum, als in die Öffentlichkeit drang, welche geringen Teile des Westjordanlandes die Israelis selbst in einer endgültigen Abmachung nur abgeben wollen. Bei der Einschätzung des Verhaltens der palästinensischen Bevölkerung wird ein spezieller Punkt häufig viel zu gering bewertet: Israel hat zwar immer noch die Gewalt über den größten Teil der Fläche des Westjordanlandes, aber ein sehr großer Teil der Palästinenser lebt nicht mehr unter direkter israelischer Kontrolle - von den circa 2,1 Palästinensern der besetzten Gebieten sind es

bereits 1,5 Millionen, die der Palästinenser-Verwaltung unterstehen.

Immer noch sollen deshalb 70 Prozent der Palästinenser den Oslo-Prozeß unterstützen, aber nicht unbedingt aus Begeisterung, sondern z. T. aus Verzweiflung. Eine ständige Begleiterscheinung schwacher (bürgerlicher) Regimes, nämlich die Korruption (1996 versickerte ein Viertel des palästinensischen Haushalts in dunklen Kanälen) sowie eine abnorme, immer noch weiter zunehmende Arbeitslosigkeit haben auf dem Hintergrund fehlender politischen Perspektiven nicht gerade die Herausbildung stabiler Widerstandsstrukturen erleichtert. Wenn man die Israelis sowieso nicht besiegen kann, bleibt in dieser Situation fast nur die Hoffnung, daß es »irgendwie« zum »Frieden« kommt und es den PalästinenserInnen in den zur Zeit noch besetzten Gebieten zukünftig einmal so gehen wird wie denen, die permanent im israelischen Kerngebiet leben.

Zu dem »irgendwie« gehört auch die Erwartung, das Ausland würde genügend Druck auf Israel ausüben. Zum Beispiel die arabischen Nachbarstaaten: Nach dem ergebnislosen Ende der Besuche von Netanjahu und Arafat in den USA erklärte am 25.1.98 der Sekretär des palästinensischen Autonomiekabinetts, Ahmed Abdul Rahman, nun müßten die arabischen Staaten auf einem Gipfeltreffen klaren, »ob es lohnt, weiter Frieden mit Israel zu suchen«. Zum anderen wird der Westen in die Pflicht genommen: Die Palästinenser fordern z. B. von der EU, daß diese ein Wirtschaftsembargo gegen Israel verhängt. Immerhin exportierte Israel im letzten Jahr in die EU Waren in Höhe von 6,8 Mrd. Dollar. Nach einem Treffen mit Arafat am 9.2.1998 erklärte freilich der EU-Präsident Jacques Santer, die EU denke mitnichten an Boykottmaßnahmen.

Die Position des Westens

Noch mehr als von der EU erwartet die PLO-Führung freilich von den USA. In der hochsensiblen Nahost-Region, welche einen wesentlichen Pfeiler der Energieversorgung der westlichen Industrienationen bildet (hier lagern circa 70 Prozent der Welt-Erdöl-Reserven), würde der Westen lieber heute als morgen Ruhe einkehren sehen. Lange hat er darauf gesetzt, Israel sei in der Lage, genügend militärischen und politischen Druck zu mobilisieren. Als das offensichtlich nicht mehr ging und sich spätestens im II. Golfkrieg die Notwendigkeit eines Bündnisses mit arabischen Staaten als notwendig erwies, drängte der Westen auf einen Ausgleich mit den PalästinenserInnen. Für das Eintreten der USA zugunsten der PalästinenserInnen gibt es freilich Grenzen.

Zunächst existiert ein großer pro-zionistischer Einfluß in den USA, der zum einen aus einer Tradition des »schlechten Gewissens« zugunsten Israels resultiert, weil aufgrund einer antisemitischen Grundhaltung im US-amerikanischen Bürgertum im 11. Weltkrieg zu wenig getan wurde, um den Holocaust seitens der deutschen Faschisten zu verhindern, und zum anderen wegen des jüdischen Bevölkerungsanteils, der in der Wahlarithmetik eine große Rolle spielt. Sodann ist Israel (abgesehen vom Öl) im wirtschaftlichen Vergleich mit den arabischen Ländern wichtiger. Dieser kompakte Markt allein erwirtschaftet 40 Prozent desjenigen Bruttosozialprodukts, welches die 21 arabischen Länder produzieren. Schließlich, und das ist der wichtigste Punkt, gilt Israel als Fleisch vom Fleisch des Westens. Anders als die arabischen Staaten ist der Zionistenstaat ohne den Rückhalt des Westens

nicht überlebensfähig. Obwohl längst kein Entwicklungsland mehr, hält er seit langem den ersten Platz bei der Vergabe US-amerikanischer Entwicklungshilfe. Und schließlich ist Israel die größte Militärmacht des Nahen Osten, die zudem fest auf der »richtigen« Seite steht. Über Jahrzehnte hinweg hat es sich als der treueste Verbündete des Westens erwiesen, nicht nur im Nahen Osten selbst, sondern auch durch Unterstützung von Regimes und Bewegungen (z. B. des Apartheid-Regimes oder der Contras in Nicaragua), bei denen sich der Westen nur bedingt selbst die Hände dreckig machen wollte.

Die Funktion, Stellvertreter der führenden westlichen Industrienationen in dieser Region zu sein, hat in den letzten Jahren vielleicht in ihrer Bedeutung noch zugenommen. Nach dem II. Golfkrieg schien es möglich, ein solides westlich-orientiertes Bündnissystem mit den arabischen Staaten aufzubauen. Deren wankelmütiges Verhalten nicht zuletzt in der Irak-Frage stellt das wieder in Frage. Dies hängt zwar mit dem unnachgiebigen Auftreten Israels in der Palästina-Frage zusammen, ändert aber nichts daran, daß Israel der einzige Staat im Nahen Osten ist, auf den sich der Westen vorbehaltlos verlassen kann. Daraus folgt dann eine US-Haltung, die sich immer, wenn es hart auf hart kommt, auf die Seite der israelischen Regierung schlägt. Ein Beispiel hierfür ist die Siedlungsfrage. Eindeutig widerspricht der Siedlungsbau dem Völkerrecht. Trotzdem beschloß die israelische Regierung im Februar 1997 den Bau der Siedlung Har Choma (Mauerberg) im Osten Jerusalems. Diese soll in der Endausbaustufe 30.000 Israelis Raum bieten. Das Projekt dient hauptsächlich dazu, Ost-Jerusalem eindeutig zu einer israelischen Stadt zu machen und damit späteren Verhandlungen über den Status von Gesamt-Jerusalem einen Riegel vorzuschieben. Durch die Macht des Faktischen soll die Vision von 'El-Kuds' (= 'Die Stadt der Heiligkeit', so die arabische Bezeichnung für Jerusalem, nach Mekka und Medina die dritt wichtigste Stadt des Islam) als Hauptstadt eines Palästinenserstaates beerdigt werden. Gleich zweimal verhinderte die USA durch ein Veto im Sicherheitsrat die Verabschiedung einer von der EU und der Arabischen Liga eingebrachten Resolution, die den Bau verurteilte.

Die eben benannten Grenzen können freilich nicht das Kernproblem verdecken, daß die westlichen Interessen in dieser Krisenregion nicht für eine überzogene Politik Israels aufs Spiel gesetzt werden sollen. Gerade in der aktuellen Irak-Krise zeigt sich wieder einmal, daß die alte Golfkriegs-Allianz insbesondere dadurch geschwächt worden ist, daß die arabischen Länder nicht nachvollziehen können, warum die USA bisher Israel nicht entscheidend unter Druck gesetzt haben. Symptomatisch ist das Statement der in den Vereinigten Arabischen Emiraten erscheinenden Tageszeitung »Al-Itihad«: »Wenn Saddam einmal das internationale Recht verletzt hat, hat Israel das hundertmal getan«. Nicht umsonst kritisiert die israelische Opposition Netanjahu, weil dieser durch seine Politik Saddam Hussein stärke. Denn er ermuntere den Kreis der Nein-Sager im Nahen Osten.

US-Außenministerin Albright soll inzwischen, gerade im Hinblick auf den Irak, Israel gedrängt haben, den Oslo-Prozeß wieder zu beschleunigen. Sie beklagte die »sture und kompromißunwillige Haltung« der Israelis. Ende November 1997 weigerte sich Clinton ausdrücklich, Netanjahu zu treffen, obwohl sich beide am selben Tag in Los Angeles aufhielten und er im gleichen Zeitraum Schimon Peres empfing. Der

US-Präsident erklärte, er liebe Israel, aber so könne es nicht weitergehen. Anfang Dezember ließ es sich die US-Regierung nicht mehr gefallen, daß die israelische Regierung Regelungen immer weiter hinauszögerte. Sie setzte ihr so lange zu, bis sie erstmals offiziell skizzierte, wie eine endgültige Vereinbarung zwischen Israel und den Palästinensern überhaupt aussehen könnte. Bei seinem Besuch im Januar 1998 erhielt Netanjahu dann nur einen frostigen Empfang. Das obligatorische Festessen mit seinem Gast, die gemeinsame Pressekonferenz sowie die Einladung ins Gästehaus der US-Regierung, das Blair House, ließ die US-Administration ausfallen. »Wir behandeln ihn wie den Präsidenten von Bulgarien«, hieß es von einem US-amerikanischen Regierungsbeamten. Während die Netanjahu-Regierung mit der PLO praktisch nicht mehr verhandelt, muß sie mit der Clinton-Regierung konferieren. Sie kann sich über die Washingtoner Wünsche nicht einfach hinwegsetzen.

Die US-Administration akzeptiert die Position der PLO in der Frage der von den Israelis kritisierten Passagen der PLO-Charta, wonach jene Sätze infolge der Nichtigkeitserklärung von 1996 längst keine Gültigkeit mehr hätten. Auch die israelische Forderung nach Auslieferung von Harnas-Aktivisten im Januar wurde von Washington nicht mitgetragen. Nach dem US-Besuch von Arafat Ende Januar wurde bekannt, daß die USA bei nächster Gelegenheit Israel auf einen Abzugsplan verpflichten wollen. Nach dem Scheitern der Einzeltreffen zwischen Clinton und Netanjahu sowie Arafat am 20./22. Januar versuchte die US-Regierung, ein Gipfeltreffen im Februar zu arrangieren. Spätestens dort sollte Israel darauf verpflichtet werden, sich nach einer entsprechenden Vereinbarung sofort – innerhalb von zwei Wochen – aus 4 Prozent der besetzten Gebiete zurückzuziehen. Diese erste Maßnahme sollte erfolgen, ohne daß die Palästinenser unmittelbar eine Gegenleistung dafür erbringen müßten. Weitere acht Prozent müßten innerhalb der nächsten darauf folgenden zweieinhalb Monate verlassen werden. Wie der gescheiterte Besuch des US-Abgesandten Ross im März gezeigt hat, ist die US-Regierung bisher aber kaum erfolgreich gewesen.

Schon bei Netanjahus Besuch wurde erneut deutlich, daß sich die US-amerikanische Regierung doch nicht zu einem wirklich schmerzhaften Druck auf die israelische Regierung durchringen kann. So vertritt die US-Regierung ebenso wie die israelische die Position, wonach es prinzipiell ein Junktim zwischen Zugeständnissen an die Palästinenser und deren Aktivitäten gegen die sogenannte terroristische Infrastruktur geben müsse. Die USA akzeptieren also die Verknüpfung zwischen israelischen Sicherheitsinteressen und Konzessionen gegenüber der PLO. Außenministerin Albright verlangte – laut ihrem Sprecher Rubin – von Arafat: »Er muß bezüglich des weiteren Abzugs realistisch sein und die Verknüpfung mit der Sicherheitsfrage sehen« (Ruhr-Nachrichten, 23.1.98). Daß das, was hier Terror genannt wird, in erster Linie Folge eben der unnachgiebigen israelischen Haltung ist – der eigentlich Schuldige also die Netanjahu-Regierung selbst ist –, kommt dabei natürlich nicht in den Blick.

Perspektive

Ohne Rückgabe von Land in einer Größenordnung, die dem Palästinensergebiet eine »eigenständige« Überlebensfähigkeit erlaubt, gibt es keinen – auch nur formalen – »Frieden«. Genau daran haben jedoch – und das ist der wesentliche

Punkt – wichtige Teile der israelischen Bevölkerung, des israelischen Kapitals und die westlichen Führungen ein zentrales Interesse. Im Kern ist die Likud-Politik kontraproduktiv. Entsprechend klagte die Mutter der am 4.9.97 bei dem Attentat in Jerusalem umgekommenen 14jährigen Smadar Peled-Elhanan die israelische Regierung an, nicht die Attentäter. Der Großvater des Mädchens gehörte im 67er Krieg zur Militärführung des Landes, hatte sich dann aber der Friedensbewegung zugewandt, zu deren prominenten Mitgliedern später auch seine Tochter gehörte. Diese hatte einen Teil ihrer Schulzeit mit Netanjahu verbracht. Obwohl es nicht zuletzt wegen solcher gefühlsmäßigen Erinnerungen nahegelegen hätte, ließ sie sich auch durch den Tod der Tochter nicht beirren: »*Es ist die Politik des Premierministers 'Bibi' Netanjahu, die das Unglück über unsere Familie gebracht hat. (...) Für mich trägt seine Regierung eine indirekte Schuld am Tod meiner Tochter und all derer, die unter ähnlichen Umständen ihr Leben gelassen haben. Seine Politik ist eine ständige Provokation für das palästinensische Volk. Sie hat die Selbstmordattentäter dazu getrieben, diese grauenhaften terroristischen Taten zu begehen (...). Seit dreißig Jahren betreibt Israel eine Politik, die für uns wie für unsere Nachbarn gleichermaßen verheerend ist. 'Wir' haben große Gebiete besetzt, Männer und Frauen gedemütigt und beraubt, Häuser und Anpflanzungen zerstört. Die Gegenreaktion war unvermeidlich. Man kann nicht ein ganzes Volk töten, aushungern, in Enklaven einschließen und erniedrigen, ohne daß es eines Tages explodiert.*« (Le Monde diplomatique, dt., 17.10.97).

Die Netanjahu-Regierung riskiert, daß Arafat abwirtschaftet und dann möglicherweise ein – aus israelischer Sicht – radikalerer Palästinenservertreter, z. B. von der Harnas, die Führung gewinnen könnte. Selbst in Sicherheitskreisen wird deshalb diese Regierungspolitik immer wieder und sehr nachhaltig kritisiert: »*Der ehemalige Präsident des Inlandgeheimdienstes Schabak, Gillon, hat (...) gesagt, die Ablehnung der Oslovereinbarungen und die Auffassung, Israel könne bessergegen den Terror vorgehen, wenn das Militär weiterhin in den autonomen Städten anwesend sei, sei bloße Propaganda. Selbst mit einer fortdauernden Präsenz der Streitkräfte werde es Terrorgeben (...) Man müsse Arafat stärken, dann werde er auch wieder stärker gegen den Terror vorgehen.*« (FAZ, 27.9.97). Durch die augenblickliche Regierungspolitik würden die Probleme für Israel also größer. Deswegen kommt es nicht von ungefähr, daß praktisch alle Umfragen auf einen deutlichen Rückgang der Unterstützung für die Netanjahu-Regierung in der Bevölkerung hinweisen.

Man darf sich freilich keinen Illusionen hingeben: Eine Regierung mit Ehud Barak von der Arbeitspartei als Ministerpräsidenten würde zwar zu einer Fortführung des Oslo-Prozesses führen und möglicherweise gar die Ausrufung eines Palästinenserstaates erlauben. Aber Barak steht auch für den Rabin-Flügel, der, anders als damals in Ansätzen Peres, nur schwerlich bereit ist, auch nur auf Teile von Jerusalem zu verzichten, und keinesfalls vollständig all diejenigen Gebiete aufgeben will, welche die Israelis 1967 erobert haben. Diese Position wird nicht zuletzt dadurch gestärkt, daß aus Sicht des israelischen Militärs der größte Teil des Westjordanlandes in israelischem Besitz verbleiben soll. Die Armee ist diejenige gesellschaftliche Institution, in der bisher Anhänger von Likud und der Arbeitspartei noch am ehesten zu Kompromissen gekommen sind. Hinter dieses Kon-

zept der Armee dürfte auch ein Premier der Arbeitspartei deshalb nur schwerlich zurückgehen können. Eine solche harte Haltung dürfte ihm auch weiterhin nicht zuletzt deshalb opportun erscheinen, weil eine Kraft auf der palästinensischen Seite, die z.B. das Konzept des israelischen Militärs aushebeln könnte, nicht in Sicht ist.

Sollte sich die Likud-Regierung noch länger an der Macht halten können, deutet einiges darauf hin, daß sie mittelfristig eine Rückgabe zumindest des Gebietes B durchaus akzeptieren würde. Die früheren Likud-Pläne von einem Groß-Israel werden nicht wieder ausgegraben. Spätestens mit der Umsetzung des Oslo-B-Abkommens durch den Hebron-Vertrag (und damit der Aufgabe der Stadt Abrahams sowie des Märtyrer-Ortes, in dem 1929 69 Juden durch arabische Einwohner getötet worden waren) war die Hoffnung der rechten Siedlerbewegung zunichte gemacht worden, ein Ministerpräsident Netanjahu sei ein Garant für das Ende des Oslo-

Prozesses. Spätestens nach dem verheerenden internationalen Echo auf die Tunnel-Öffnung im September 1996 in Jerusalem und den nachfolgenden blutigen Zusammenstößen mit den Palästinensern in bis dahin lange nicht gesehendem Ausmaß scheint ein gewisser Umdenkungsprozeß in der israelischen Regierung stattgefunden zu haben: Auslöschen läßt sich der Oslo-Prozeß in seiner Gesamtheit nicht mehr. Die Likud-Regierung hat aber das Ziel, ihn soweit wie möglich zu den eigenen Gunsten zu verwässern – was einem eigentlichen Friedensprozeß natürlich keine Chance läßt.

Es ist zwar nicht ausgeschlossen, daß sich aus dieser Situation wieder ein massiver gewalttätiger Konflikt entwickeln kann, aber die Wahrscheinlichkeit eines »heißen Krieges« zwischen Israelis und Palästinensern in nächster Zeit ist, soweit es sich im Augenblick beurteilen läßt, doch sehr gering.

u., D. 25.5.98 ■

ZU OBIGEM ISRAEL-ARTIKEL:

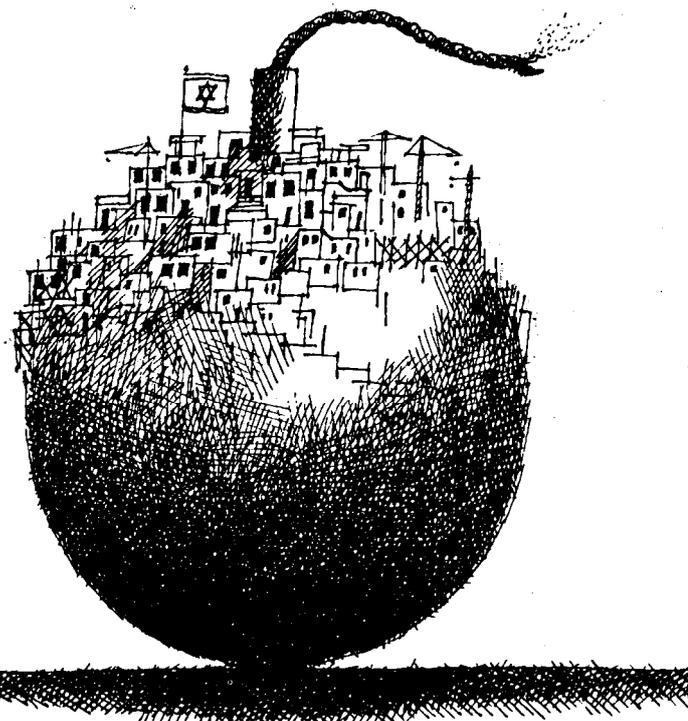
Eine notwendige Antwort

Die folgende Kritik bedarf einer Vorbemerkung. Eine Zeitung, die sich an interessierte Leser aus der Arbeiterklasse wendet, muß sich bemühen, der bestehenden Konfusion in den Reihen der abhängig Beschäftigten entgegenzutreten. Es kommt darauf an, die hinter den Parolen und diplomatischen Floskeln, hinter ideologischen und moralischen Rechtfertigungen stehenden ökonomischen und politischen Interessen aufzuzeigen; d.h. wir müssen die Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung und des aktuellen Geschehens analysieren und bloßlegen.

Dem wird der Artikel nicht gerecht, wenn z.B. gesagt wird: »Zunächst existiert ein großer pro-zionistischer Einfluß in den USA, der zum einen aus der Tradition des 'schlechten Gewissens' zugunsten Israels resultiert, weil aufgrund einer antisemitischen Grundhaltung im US-amerikanischen Bürgertum im 2. Weltkrieg zu wenig getan wurde, um den Holocaust seitens der deutschen Faschisten zu verhindern...«

Haben die Verfasser vergessen, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist – oder gilt diese Feststellung nicht mehr? Nicht das 'schlechte Gewissen' ist Richtschnur für das Handeln der USA und der BRD, sondern die ökonomischen und politischen Interessen ihrer herrschenden Klassen im Nahen Osten. Thalheimer schrieb schon anläßlich des Teilungsbeschlusses der UN 1948: »Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern« (Internationale monatliche Übersicht über Mai 1948, in: Westblock – Ostblock, S. 337).

Das 'schlechte Gewissen' als Triebkraft der US-Politik zu begreifen, ist Ausdruck einer oberflächlichen Betrachtungsweise, die selbst hinter den stockbürgerlichen 'Nah-Ost-Experten' Udo Steinbach zurückfällt, der immerhin versteht, daß handfeste Interessen und keineswegs 'Gewissensbisse' das politische Handeln bestimmen. So schreibt er über die europäische Nah-Ost-Politik: »Ich denke, daß die Europäer gerade durch den Friedensprozeß immer stärker im Nahen Osten involviert sein werden. Das europäische Interesse im Nahen Osten ist wirtschaftlicher und politischer Natur und



in einem hohen Maße auch kultureller Natur, und es ist von zunehmendem vitalen Interesse, daß sich eine europäische Politik entwickelt, die sich von der amerikanischen unterscheidet.»

Das Oslo-Abkommen

Schon der erste Absatz des vorstehenden Israel-Artikels zeichnet sich aus durch unklare Formulierungen und nebulöse Bewertungen, die letztendlich den ganzen Artikel durchziehen. Wer eigentlich hat auf der Grundlage der Osloer Verträge »im günstigsten Fall« die Gründung eines bürgerlichen Staatswesens erwartet – setzt sich der Autor mit seinen eigenen Illusionen auseinander?

Diese Vorstellung ist völlig absurd, denn das Osloer Abkommen beließ Israel die Kontrolle über die Siedlungen, die Wirtschaft, über die Außengrenzen – kurzum die territoriale Souveränität; die Verwendung von Entwicklungsgeldern für die sogenannten autonomen Gebiete müssen von Israel genehmigt werden, das so wirtschaftliche Projekte

autorisieren oder verhindern kann; mehr als 80% der Wirtschaft des Westjordanlandes und des Gazastreifens sind direkt oder indirekt von Israel abhängig; das durch die Siedler erschlossene Land macht mehr als 55 Prozent der gesamten Fläche der besetzten Gebiete aus – die Besatzungspolitik ist ungebrochen, wurde in mancherlei Hinsicht sogar verschärft. Selbst Arafat kann bis heute ohne israelische Erlaubnis den Gazastreifen weder betreten noch verlassen.

Wie soll auf dieser Grundlage ein palästinensisches bürgerliches Staatswesen möglich sein? Es ist nicht ausgeschlossen, daß tatsächlich ein »Palästinenserstaat« proklamiert wird, aber **ohne wirtschaftliche** und politische **Eigenständigkeit**; ein Flickenteppich, die Verbindungswege von der israelischen Armee kontrolliert, der den Menschen, die dort leben, keine soziale Perspektive bietet. Er wäre eher mit den südafrikanischen Homelands aus den Zeiten der Apartheid vergleichbar denn mit einem unabhängigen Staat. Kein einziges Problem für die Bevölkerung würde dadurch gelöst – 'Frieden' auf einer solchen Grundlage kann es nicht geben.

Ein weiteres 'explosives' Problem, ohne dessen Lösung es keinen Frieden im Nahen Osten geben kann, stellt **die Lage der Flüchtlinge** dar: Deren Not und Unsicherheit, vor allem der Flüchtlinge, die im Libanon leben, ist verzweifelter als je zuvor. Schon 1991 hatte die PLO ihre Unterstützung von Arbeitsplätzen, Stipendien, der Gesundheitsversorgung, der Renten und anderer Versorgungsleistungen auf ein Minimum zusammengestrichen. Nach dem sog. Friedensvertrag von 1993 haben sich die katastrophalen Lebensbedingungen noch weiter verschlechtert. Die palästinensische Nationalbehörde Arafats hat inzwischen ihre Finanzhilfe und Sozialdienste im Libanon vollständig eingestellt und in den Gazastreifen umgeleitet mit der Konsequenz, daß inzwischen 70 Prozent der etwa 350.000 Palästinenser im Libanon unterhalb der Armutsgrenze existieren; eine Arbeitserlaubnis wird ihnen von den libanesischen Behörden in den meisten Fällen verweigert, vom öffentlichen Erziehungs- und Gesundheitswesen sind sie ausgeschlossen, ein Anspruch auf Sozialversicherung existiert für sie nicht, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

Nach den 1996 veröffentlichten Richtlinien der Regierung Netanjahus wird die Rückkehr sowohl der 48er als auch der 67er-Flüchtlinge in die besetzten Gebiete als eine Gefahr für die »*demographische Sicherheit*« Israels abgelehnt. Unter den Flüchtlingen, vor allem unter denjenigen, die heute ohne Perspektive in den Lagern leben, finden sich die radikalsten Gegner der sog. Friedensverträge; sie wissen, daß durch internationale Diplomatie und weitere Verhandlungen sich an ihrer Lage nichts ändert. Deshalb hat auch Arafat kein Interesse an einer Rückkehr, denn die Flüchtlinge würden seine Machtansprüche gefährden. Die 'Proklamation eines Palästinenserstaates' unter israelischer Kontrolle wird also auch dieses Problem ungelöst lassen und weitere schwere Auseinandersetzungen auslösen.

Wie aus diesen Beispielen ersichtlich ist, »droht der Oslo-Prozeß nicht zu kippen«, wie der Autor meint, er war schon längst gescheitert, noch ehe er überhaupt begonnen hatte. Vielleicht ist es ganz interessant, in diesem Zusammenhang einmal Haidar Abdul Shafi zu zitieren, den ehemaligen Leiter der palästinensischen Delegation bei den Madrider Verhandlungen 1990, der dann aber aus der Verhandlungskommission zurücktrat, weil er die eigentlichen Interessen, die sich hinter dem sogenannten Friedensprozeß ver-

bargen, begriff: »*Ein sorgfältiges Studium dieses Abkommens (gemeint ist das Osloer Abkommen) machte sofort die ernsthaften Mängel deutlich, die es enthielt. Seine größte Schwäche war, daß es das fortgesetzte israelische Siedlungsprogramm, das die Ursache für den Stillstand der 20-monatigen Verhandlungen gewesen war, überhaupt nicht klar ansprach – und diese Tatsache stellt natürlich das Ergebnis der Verhandlungen für die Schlußphase schon jetzt in Frage und macht es unglaubwürdig. (...) Trotz dieser Schwächen wurde das Abkommen der Weltöffentlichkeit in einer feierlichen Schlußzeremonie im Weißen Haus präsentiert, mit dem gewagten Kommentar, daß es alle Hindernisse beseitigt und den Weg für einen wirklichen, gerechten und stabilen Frieden bereitet hätte. Die Realität und die Zeit haben bewiesen, daß dies nichts weiter war als eine Verdrehung der Wahrheit, die die Weltöffentlichkeit täuschen und Israel einen Schutzraum verschaffen sollte, in dem es seine Obstruktionspolitik fortsetzen konnte. Unmittelbar nach der Unterzeichnungszereemonie hatte der amerikanische Außenminister die Stirn zu behaupten: 'Für die arabischen Staaten gibt es keinen Grund mehr, den Wirtschaftsboykott gegen Israel fortzusetzen.'* (...) Jordanien nutzte dieses Abkommen und die Äußerungen während der Unterzeichnungszereemonie sofort dazu, einen separaten Friedensvertrag mit Israel zu schließen. Das ist, kurz gefaßt, der Hintergrund für die gegenwärtige Situation in den besetzten Gebieten. Israel nutzte das Abkommen (...) als Schutzraum für den Bau neuer Siedlungen in Jerusalem, im Umkreis von Jerusalem und in anderen Gegenden. (...)« (Vortrag in der Evangelischen Akademie Hamburg, 1997)

Während Shafi deutlich zwischen Propaganda und eigentlichen Interessen unterscheidet, durchzieht den Artikel ein undeutliches Einerseits/Andererseits, das schließlich in der Aussage mündet, die früheren Likud-Pläne von einem Groß-Israel würden nicht mehr ausgegraben, der Oslo-Prozeß ließe sich in seiner Gesamtheit nicht mehr auslöschen. Woher nimmt der Autor diese Sicherheit?

Wie man es auch dreht und wendet, es gibt in der Realität auf der Grundlage dieser Verträge keine 'Lösung', noch nicht einmal eine Befriedung im Sinne von Abwesenheit vom Krieg.

Rechtentwicklung in der israelischen Gesellschaft

Nachdem der Autor Netanjahu vorwirft, eine kontaproduktive Politik zu betreiben: »*Die israelische Regierung verfolgt diesen Kurs, obwohl abzusehen ist, daß sie wenigstens kurzfristig ihre Probleme nicht gerade verringert*«, liefert er noch eine Menge statistischer Daten über den jeweiligen Wähleranhang und seine soziale Stellung und spekuliert darüber, welche Kapitalgruppen denn nun eher für eine von Likud oder der Arbeitspartei geführte Regierung wären. Die Widersprüche in der israelischen Gesellschaft und die Dynamik der Entwicklung erfaßt er damit nicht. »*Ein großer Teil der israelischen Bevölkerung macht diese Politik mit, weil der Oslo-Prozeß bisher an ihm vorbeilief.*« Wie kommt der Verfasser zu einer solchen Aussage? Es gibt wohl kaum ein Land, in dem in den vergangenen Jahren unter so reger Beteiligung der Bevölkerung durch riesige (gemessen an der Einwohnerzahl) Demonstrationen für und wider das Oslo-Abkommen gestritten wurde.

Die Wirklichkeit sieht komplizierter und anders aus. All die statistischen Daten helfen uns nicht weiter, wenn wir

nicht in der Lage sind, die sich dahinter verbergenden gesellschaftlichen Prozesse zu erfassen. Tatsache ist, daß nationalreligiöse und rechtsextremistische Kräfte in allen Institutionen der israelischen Gesellschaft auf dem Vormarsch sind: in der Armee, im Erziehungssystem, in den Universitäten. Moshe Zimmermann beschreibt diesen Prozeß in »Politik und Zeitgeschichte, B 14/98«:

– »Das Militär, (...) das unumstrittene Symbol des israelischen Wesens, verwandelt sich in eine Institution, die dem orthodoxen Ideengut Platz einräumt: Seit zwanzig Jahren gibt es orthodoxe Jeshivot (rabbinische Hochschulen) im Rahmen des Militärs. Im Offzierskorps sind religiöse Offiziere gegenwärtig so stark vertreten wie früher 'Kibbuzniks'. Und die extreme chassidische 'Chabad'-Bewegung hat Zugang zu den Erziehungsveranstaltungen des Militärs erhalten. Vor dem Hintergrund der heutigen Hauptaufgabe des Militärs, die Westbank, d.h. 'Ganz-Israel' gegen die Übergabe an die Palästinenser zu 'verteidigen', ist diese Entwicklung eine logische Konsequenz.«

– Auch im Bildungssektor wird das Vordringen der religiösen und orthodoxen Kreise und das gleichzeitige Zurückweichen der Anhänger des säkularen Zionismus offenkundig. »Die Kibbuzim, einst Paradebeispiele für den säkularen Zionismus, (...)« haben »in der Mehrheit heute auch eine orthodoxe Synagoge.« Die »neuen Werte« verdrängen die der Säkularen aus den zentralen Lehrplänen, obgleich der zuständige Minister ein Anhänger der säkularen Bildung ist. Die Universitäten und Hochschulen verlieren gegenüber den religiösen Schulen an Bedeutung und Einfluß. Es gibt an den Talmud-Schulen mehr Studenten als an den säkularen Universitäten. Die religiösen Schulen werden vom Staat subventioniert, und im Parlament wird die Übernahme der Rabbiner in den Öffentlichen Dienst und ihre Anerkennung durch einen akademischen Titel beraten. Der Streit um die von den Orthodoxen geforderte 'strenge Ruhe' am Sabbat soll nun auch für den Sport gelten. Jeder Versuch, die Zivilehe einzuführen, wird von den Rabbinern zurückgewiesen, die ihren Einfluß wahren und ausweiten wollen. Soweit die Angaben von Mosche Zimmermann, die auch in anderen Veröffentlichungen bestätigt werden. »In meinen Vorlesungen sitzen heute sehr viel mehr religiöse Studenten als früher. Ich muß mir also neue Gedanken über den Lehrstoff machen und überlegen, was die religiösen Studenten interessiert. Ich bin heute mit einer Forschung über Verhaltensabweichung bei den Charedim (ultraorthodoxe Juden) beschäftigt. (...)« (Prof. Ben Jehuda, zit. n. 'Parlament' vom 27.3.98)

Den Nährboden für diese Entwicklung bildet die **Zuspitzung der sozialen Gegensätze in Israel selbst**, die auch der Autor konstatieren muß: »(...) Orientalische Juden haben im Durchschnitt ein Einkommen, das auf ein Viertel bis ein Drittel desjenigen der Aschkenasim kommt. Durch die Einwanderungswellen der letzten Jahre ist der Abstand sogar geringfügig wieder größer geworden. Zwischen 1991 und 1994 stieg die Zahl derjenigen Israelis, die unter die Armutsgrenze fielen, von 487.000 (16,1 Prozent der Bevölkerung) auf 607.000 (18,2 Prozent). Nicht wenige dieser Gruppe werden zwar von Arabern/Palästinensern in Israel gestellt, aber auch der Anteil der Sepharden ist hier sehr hoch.«

500.000 Juden, d.h. über 12 Prozent der Bevölkerung, sind in den letzten Jahren eingewandert. Ein wesentlicher Teil der palästinensischen Tagelöhner wurde durch billige Arbeitskräfte aus Asien ersetzt. Konkurrenz, rassistische Vor-

urteile und Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Einwanderungsgruppen haben zugenommen.

Während das Wirtschaftswachstum ständig zurückging, nahm die Arbeitslosigkeit zu. »Da zugleich die Bevölkerung um 2,5 Prozent wuchs, sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sogar um 1 Prozent. Zu Beginn von Netanjahus Amtszeit (...) lag die Arbeitslosenquote bei 6,7 Prozent; im Dezember 1997 erreichte sie bereits 8,2 Prozent. (...) Eine höhere Neuverschuldung ist auch in Sicht. Der Schuldendienst macht bereits 30 Prozent des israelischen Staatshaushaltes aus. Indessen könnten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten als zweischneidiges Schwert erweisen. Zum einen verdeutlichen sie die Notwendigkeit des Oslo-Kurses. Zum anderen könnten sie jedoch zu einer Stärkung von nationalistischen Positionen führen (...)«

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten **können nicht, sie haben längst zu einer Stärkung nationalistischer Positionen geführt**, wie der Autor bei genauerem Hinsehen leicht hätte feststellen können. Um die Ursachen für die Rechtsentwicklung und die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen in Israel zu verstehen, bedarf es eines kurzen historischen Rückblicks.

Zionismus und jüdischer Nationalismus

Über drei Jahrzehnte war die israelische Gesellschaft geprägt durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Ihn beschreibt Zeer Sternhall, Professor für Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität Jerusalem, wie folgt:

»Tatsächlich hing der gesamte innere Kreis der Arbeitspartei, die bis 1977 an der Macht war, treu jener Doktrin an, die seit den Anfängen der landwirtschaftlichen Siedlungsprojekte galt. Einmal errungene Vorteile und erobertes Territorium gibt man niemals auf, es sei denn, man muß einer Übermacht weichen. Diesem Prinzip ist nicht nur die Arbeitspartei verpflichtet, sondern auch der andere Flügel der zionistischen Bewegung: jene 'revisionsistische' Rechte etwa, die erstmals 1977 an die Macht kam und auf deren Konto die große Expansionswelle der achtziger Jahre und der Libanonkrieg gehen. Letztendlich läßt sich der Zionismus insgesamt als eine typische Ausformung jenes engstirnigen Nationalismus sehen, der in Europa um die Jahrhundertwende entstanden ist. (...) Der jüdische Nationalismus unterscheidet sich nur unwesentlich von den Nationalismen in Mittel- und Osteuropa: Er ist 'völkisch', begründet sich kulturell und religiös, und er beschwört eine heldenhafte Vergangenheit. Er hat keinerlei Problem damit, allen anderen die elementaren Rechte zu verweigern, die er ohne die Spur eines Zweifels für sich selbst einfordert. (...)«

Zum Selbstverständnis in der israelischen Gesellschaft gehörte auch das Bild ihres Militärs, »Symbol des israelischen Wesens«: ruhmreich, schlagkräftig, mit dem moralischen Recht auf seiner Seite.

Polarisierung in Israel

In den 80er Jahren zeigte der gesellschaftliche Konsens erste Risse, die sich seither vertieft haben:

– Der Mythos einer sozial gerechten Gesellschaft – mit den Kibbuzim als eine tragende Säule – war durch die Zunahme sozialer Gegensätze und Spannungen der Boden entzogen.

– Der Libanon-Krieg endete mit einem politischen Mißerfolg. Es war der israelischen Armee nicht gelungen, die

Kämpfer der PLO in Beirut militärisch zu schlagen. Nach Verhandlungen konnten die PLO-Verbände mit ihren Waffen die belagerte libanesische Hauptstadt verlassen, während unter den Augen und dem Schutz israelischer Soldaten christliche Milizen ein Massaker an der nunmehr ungeschützten Zivilbevölkerung in den palästinensischen Flüchtlingslagern begingen.

– Bei der Bekämpfung der Intifada standen die israelischen Soldaten nicht mehr fremden Armeen oder Untergrundkämpfern, sondern Frauen, Kindern und Jugendlichen gegenüber. »Die Intifada läßt sich nicht militärisch, sondern nurpolitisch lösen.« Dieses Eingeständnis des Generalstabschefs Shomron ist ein politischer Erfolg des palästinensischen Widerstandes.

– Immer mehr israelische Jugendliche entzogen sich dem Wehrdienst, und Soldaten verweigerten ihren Einsatz in den 1967 besetzten Gebieten. Die Friedensbewegung »Peace now« entstand.

– Erstmals in der Geschichte Israels – in den Augen seiner Bevölkerung die Heimstatt aller Juden – überstieg in den 80er Jahren die Zahl der Auswanderer die der Einwanderer.

Vor diesem Hintergrund mußte zwangsläufig eine Diskussion über das Selbstverständnis und die weitere Perspektive Israels entstehen, vor allem über seine Politik gegenüber den arabischen Nachbarn und den Palästinensern. Die Auseinandersetzung über das weitere Vorgehen in den 1967 besetzten Gebieten bestimmt seitdem die politische Debatte; in ihr bündeln sich auch die verschiedensten innenpolitischen Widersprüche; die Schärfe des Streits um diese Frage dokumentiert den tiefen Riß, der die israelische Gesellschaft durchzieht.

Das Vakuum, das Fehlen gemeinsamer Werte und Ziele, das viele Intellektuelle anlässlich des 50jährigen Bestehens Israels beklagen, versuchen seit Jahren national-religiöse Kräfte und rechtsextremistische Siedler recht erfolgreich aufzufüllen. Jegliche Abmachung mit den Palästinensern, jedes noch so kleine Zugeständnis werten sie als Verrat an den jüdischen Werten und Traditionen. Das Abkommen von Oslo wurde folgerichtig zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung. Wie stark die national-orthodoxen Kräfte schon vor der Wahl Netanjahus waren, macht nicht allein der Mord an Rabin, sondern vor allem seine Begleitumstände und Vorgeschichte deutlich. Im Wahlkampf wurden Rabin und Peres als Verräter diffamiert und in Nazi-Uniformen dargestellt. Auch der Likud-Block beteiligte sich an dieser Hetzkampagne rechtsextremistischer Siedler, in deren Reihen offen zum Mord an Rabin aufgerufen wurde. Nach dem Attentat wagte es auch die Arbeitspartei nicht, gegen die politischen Hintermänner des Mörders vorzugehen oder seine bekanntgewordenen Verbindungen zum Geheimdienst und zur Polizei aufzuhellen.

Auch als die Arbeitspartei an der Regierung war, hatte sie es nicht gewagt, durch eine konsequente Umsetzung des Abkommens von Oslo die bis an die Zähne bewaffneten Siedler vor den Kopf zu stoßen und dadurch die Spannungen in Israel zuzuspitzen. Wie soll dies ein Likud-Ministerpräsident leisten können, der einen Teil dieser national-orthodoxen Kräfte in die Regierungsverantwortung eingebunden hat? Die jetzige israelische Regierung hat nicht einmal den Spielraum, um bei dem Schacher um neun oder 13 Prozent dem Drängen der US-Regierung nachzugeben.



Der palästinensische Widerstand

Wie dramatisch sich die Lebensverhältnisse und die materielle Situation der palästinensischen Bevölkerung seit 1993 verschlechtert haben, wird in dem Artikel mit zahlreichen Fakten belegt. Auf der Ebene der politischen Einschätzung dokumentiert der Autor jedoch nur noch seine eigene Konfusion. »Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse – der desolaten Lage der Bevölkerung nach gut einem halben Jahrhundert Dauerkonflikt und dem Wegfall des realsozialistischen Lagers – gibt es für die PLO kaum eine Basis für eine prinzipiell andere Politik. Israel kann sich so unzugänglich zeigen, weil die Widerstandsmöglichkeiten der palästinensischen Seite begrenzt sind.«

ARABISCHE ISRAELI
IN DEN ÜBERRESTEN
IHRER ZERSTÖRTEN
HÄUSER IN DER
SIEDLUNG SHFAR-A

Wie kann der Verfasser nach dem Abkommen von Oslo die PLO noch mit der »palästinensischen Seite« gleichsetzen? Ist ihm noch nicht aufgegangen, daß aus dem Dachverband der palästinensischen Widerstandsorganisationen eine Administration erwachsen ist, die unter den Bajonetten der israelischen Besatzer die sogenannten autonomen Gebiete verwalten darf und dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat? Der Widerstand gegen die Besatzung wird sich zwangsläufig auseinandersetzen müssen mit den Selbstverwaltungsbehörden und der palästinensischen Bourgeoisie, die hofft, mit den Israelis ihre Geschäfte betreiben zu können. Ebenso wie in Israel werden auch unter der palästinensischen Bevölkerung die Klassengegensätze und die daraus resultierenden politischen Interessen der weiteren Auseinandersetzung in steigendem Maße ihren Stempel aufdrücken.

Was über die politische Haltung und die Stimmung unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete im Artikel geschrieben wird, basiert auf Vermutungen und Spekulationen. »Wenn es fast nur bei der Arafat-Führung Jobs gibt, dann ist ganz klar, wem gegenüber ein Großteil der Bevölkerung in ganz besonderer Weise Loyalität empfindet – nämlich einer palästinensischen Verwaltung (...)« oder: »Immer noch sollen deshalb 70% der Palästinenser den Oslo-Prozeß unter-

stützen, aber nicht unbedingt aus Begeisterung, sondern z.T. aus Verzweiflung. (...) Wenn man die Israelis sowieso nicht besiegen kann, bleibt in dieser Situation fast nur die Hoffnung, daß es 'irgendwie' zum Frieden kommt (...) Zu dem 'irgendwie' gehört auch die Erwartung, das Ausland würde genügend Druck auf Israel ausüben.«

Kenner der politischen Verhältnisse im Nahen Osten und Augenzeugen zeichnen ein anderes Bild der Wirklichkeit:

»Der zweite überwältigende Eindruck ist, daß wir Minute um Minute, Stunde für Stunde, Tag für Tag mehrpalästinensisches Land an die Israelis verlieren. Auf unserer dreiwöchigen Reise passierten wir kaum eine Straße oder Autobahn oder ein Dorf, ohne Beispiele für die tägliche Tragödie zu sehen: enteignetes Land, niedergerissene Bäume, verdorrte Pflanzen und Ernten, zerstörte Häuser, deren palästinensische Eigentümer hilflos zusehen mußten und kaum etwas gegen die Zerstörung unternehmen konnten, von Arafats Autonomiebehörde ebenso im Stich gelassen wie von den wohlhabenden Palästinensern. (...)

Kaum etwas gleicht dem Gefühl trauriger Hilflosigkeit, das sich einstellt, wenn man einem 35jährigen Mann zuhört, der fünfzehn Jahre lang illegal als Tagelöhner in Israel gearbeitet hat, um ein kleines Haus für seine Familie bauen zu können, und dann eines Tages bei seiner Rückkehr entdecken muß, daß das Haus samt Einrichtung nur noch ein Trümmerhaufen ist, plattgewalzt von einem israelischen Bulldozer. Fragt man nach den Gründen – das Land gehörte schließlich ihm – so hört man, es sei ohne Vorwarnung geschehen; erst am nächsten Tag habe er von einem israelischen Soldaten eine schriftliche Benachrichtigung erhalten, in der es heißt, er habe das Gebäude ohne Genehmigung erbaut. Und das ist kein Zufall: Die israelischen Behörden verweigern den Arabern systematisch die Genehmigung, auf dem eigenen Land zu bauen. Juden dürfen bauen, Palästinenser nie. Das ist reine Apartheid. (...)

Warum, fragte ich, gehen die Dorfbewohner unter Führung der Autonomiebehörde nicht hinaus auf ihre Felder und stellen sich vor die Bulldozer: (...) Wo immer ich auch war, mit wem ich auch sprach, welche Fragen ich auch stellte – niemals hörte ich ein gutes Wort über die Behörde oder ihre Vertreter, über die Osloer Verhandlungen oder über die Vereinigten Staaten. Die Autonomiebehörde wird im Grunde nur als Sicherheitsgarantie für Israel und die Siedler gesehen und nicht als legitime Regierung, die für die eigene Bevölkerung sorgt und den Menschen hilft. Genau das ist die Schwäche von Oslo.« (E.W.Said, Prof. f. vergl. Literaturwissenschaft an der Universität Columbia, USA, in »Le Monde diplomatique«, 15.5.1998)

Im Artikel wird gesagt: »Die Kraft für eine neue Zntifada (reicht) zwarnicht aus, doch scheinen sie (...) immerhin noch stark genug zu sein, um Unruhe zu verbreiten.« Vielleicht sollte der Verfasser sich darüber Gedanken machen, daß der Widerstand gegen die Besatzer von denkenden Menschen geführt wird, die über die nächsten Schritte gegen die unerträglicher werdende Besatzungspolitik Israels nachdenken und eine Art Verschnaufpause brauchen. Wie lange hat der Widerstand gegen die Apartheid und deren Unterstützung durch den Imperialismus kämpfen müssen? Mandela, der kein Kommunist ist, stellt sich jetzt in aller Öffentlichkeit hin und verabreicht Clinton und seinen Verbündeten eine schallende Ohrfeige, indem er ihm sagt: Unterstützung hat unser Kampf bei Lybien, Iran und Cuba gefunden. Die Ant-

wort Clintons: ein verlegenes Grinsen. Er hätte Clinton auch fragen können: Habt ihr jemals teilgenommen an den weltweiten Demonstrationen gegen das Apartheid-Regime? Die herrschenden Klassen haben doch geschwiegen, als in der ganzen Welt gefordert wurde: Free Mandela!

Die israelische Regierung – auch die vorhergehende der Arbeitspartei – haben sich zu den guten politischen, wirt-



schaftlichen und militärischen Beziehungen zum Apartheidsregime bekannt und es als Vorbild für die eigene Besatzungspolitik gegen die Palästinenser angesehen. Die israelische Regierung hat nach dem Rezept 'teile und herrsche' zunächst Harnas gegen die PLO und später die PLO gegen Harnas unterstützt und nannte das 'Sicherheitspolitik', sie hat mit verdeckten Agenten gegen den Widerstand gearbeitet, Rabin hatte den steinewerfenden Jugendlichen gedroht, ihnen die Knochen zu brechen. Und was haben sie erreicht? Den Widerstand und das Selbstbewußtsein der palästinensischen Massen konnten sie nicht brechen. Dieses Selbstbewußtsein ist mehr wert als das tägliche Brot, das sie sich mühsam beschaffen müssen.

Gerade wir als Gewerkschafter und Sozialisten sollten doch wissen, daß für uns die Bewegung der Massen, auch wenn sie »nur« um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen, ein wichtiges und notwendiges Durchgangsstadium ist, in der sich die Arbeiterklasse als gesellschaftliche Kraft organisiert und als Klasse Bewußtsein gewinnt.

Die Rolle des Westens

Die Likud-Regierung hat sich seit ihrem Amtsantritt allen Wünschen, Empfehlungen und Forderungen der USA widersetzt. Trotzdem hat die amerikanische Regierung immer wieder eine Verurteilung Israels im Weltsicherheitsrat verhindert bzw. dafür gesorgt, daß die Kritik an der Haltung Israels folgenlos blieb. Wie ist das zu erklären?

»Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern.« (August Thalheimer 1948). Das heißt allerdings nicht, daß sie dort schalten und walten könnten, wie sie wollen. »Die Völker sind nicht nur Schach-

EIN ISRAELISCHER SOLDAT FORDERT EINEN JÜDISCHEN SIEDLER AUF; SEINE STEINWÜRFE AUF PALÄSTINENSER ZU STOPPEN. ANDERE SOLDATEN SCHAUEN DEM STEIN NACH.

figuren im weltpolitischen Spiel. Die Strategie der herrschenden Staaten in beiden Lagern ist eines, das Eigenleben der Völker und ihr Handeln aus ihren eigenen klassenmäßigen Voraussetzungen und Bedürfnissen heraus ist ein anderes – und die Widersprüche dieser beiden Faktoren gehören mit zum Bild der Wirklichkeit, sind nicht auszulassende Momente des Kräftespiels.« (August Thalheimer, Anfang 1946)

Diese Feststellung über das »Eigenleben der Völker und ihr Handeln aus den eigenen klassenmäßigen Voraussetzungen« gilt auch noch 1998 – nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. 50 Jahre lang war der Staat Israel der verlässlichste, stabilste und militärisch mächtigste Verbündete der USA im Nahen Osten, abhängig von dessen finanzieller und militärischer Unterstützung. Es gibt keinen anderen Staat in dieser Region, der diese Rolle auszufüllen vermag. Die amerikanische Regierung kann es sich nicht leisten, Israel politisch fallenzulassen oder durch Sanktionen und wirtschaftlichen Druck zur Instabilität in Israel beizutragen. Das weiß auch die israelische Regierung.

Der Autor des Artikels irrt, wenn er behauptet: »Während die Netanjahu-Regierung mit der PLO praktisch nicht mehr verhandelt, muß sie mit der Clinton-Regierung konferieren. Sie kann sich über die Washingtoner Wünsche nicht einfach hinwegsetzen.« Im Gegenteil, Netanjahu hat in den letzten Wochen die gesamte politische Prominenz der Clinton-Regierung – einschließlich des Präsidenten –, die zur Vermittlung aufgeboten wurde, vor der Weltöffentlichkeit desavouiert.

Auch wenn die EU in einigen Punkten nicht mit der US-Nahost-Politik übereinstimmt – statt Sanktionen z.B. gegen Libyen, den Irak oder Iran geht sie lieber ihren guten Geschäftsbeziehungen nach – eine eigenständige politische Rolle kann sie in dieser wichtigen Region der Weltpolitik nicht spielen. In den entscheidenden politischen und strategischen Fragen muß sie zur Sicherung des imperialistischen Einflusses in der Ölregion die USA unterstützen.

Die Perspektive

Es wäre verlorene Zeit für uns als Gewerkschafter, Sozialisten oder Kommunisten, uns einzulassen auf die Auslegungskünste und den Schacher, wieviel Prozente der besetzten Gebiete geräumt werden müssen und ob die USA von den

Oslo-Verhandlungen gewußt haben. Die USA scheuen die Verantwortung für die Folgen ihrer Nah-Ost-Politik und die Auswirkungen auf die arabischen Massen.

Der tröpfchenweise Übergang vom Besatzungsregime zur »Souveränität« und der Schacher um Prozente sind Methoden des Imperialismus, sich mit Hilfe von gefügigen Kollaborateuren Herrschaft und Kontrolle zu sichern. Beteiligt ist die BRD mit ihrer Außenpolitik. Die 'Welt' berichtet anlässlich eines Besuches von Arafat bei Kinkel: »Auf scharfen Widerspruch Kinkels stieß die Ankündigung Arafats, er werde am 4. Mai kommenden Jahres entsprechend dem Osloer Abkommen einen unabhängigen Palästinenserstaat ausrufen. Kinkel warnte, daß dies leicht zu einer unkontrollierbaren Zuspitzung führen könnte. (...)«

Erst wenn und insoweit sich in diesem gesellschaftspolitischen Prozeß die Klassen- und Interessengegensätze herausbilden und es zu einer Zusammenarbeit der jüdischen und arabischen arbeitenden Bevölkerung kommt, ist eine Lösung möglich. Man darf auch die jüdische Bevölkerung nicht zu Ignoranten stempeln. Ohnmacht ist da eher das richtige Wort. Die Begründung der israelischen Besetzung mit Sicherheitsinteressen ist Augenwischerei. Das hat der erste israelische Außenminister Moshe Sharett in seinem »Persönlichen Tagebuch« detailliert dokumentiert (s. Kasten). Ob Netanjahu und seine Regierung weitermachen können oder von einer Regierung der Arbeitspartei oder einer großen Koalition abgelöst werden, an den Bedingungen und **Kräfteverhältnissen ändert das nichts Wesentliches. Die Räumung der besetzten Gebiete ist Voraussetzung für eine Verständigung.**

Welchem Zweck kann es dienen, Probleme, die fern von unserem täglichen Leben entstehen und die Menschen dort bewegen, zu behandeln? Die deutsche Außenpolitik gehört wieder zu den wichtigsten Akteuren der imperialistischen Weltpolitik unter Führung der USA. Sie verfolgt gewiß auch eigene Interessen gegenüber den anderen Partnern in diesem Bündnis; aber über allem steht die Verteidigung der imperialistischen Herrschaft. Unsere Aufgabe besteht darin, Aufklärung bei der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen, damit sie sich nicht ins Schlepptau der imperialistischen Politik nehmen läßt – auch nicht im Nahen Osten!

Genossinnen/Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 20.5.98 ■

»Das Persönliche Tagebuch« von Moshe Sharett...

...stellt auch noch heute, viele Jahre nach seiner Erstveröffentlichung im Jahre 1979 in Tel Aviv, politischen Sprengstoff dar, denn die Aufzeichnungen des ersten Außenministers Israels und früheren Vorsitzenden des »Jewish Agency's Political Department« erlauben einen Blick hinter die Kulissen der offiziellen staatlichen Propaganda, die seit Bestehen des israelischen Staates den Mythos von der gefährdeten israelischen Sicherheit verkündet.

Diese Propaganda besagt, daß Israels Existenz dauerhaft bedroht sei: durch militärische Angriffe der arabischen Nachbarstaaten, durch den »Terrorismus« der Palästinenser. Bis heute liefert das Sicherheitsargument die Rechtfertigung für die Errichtung jüdischer Siedlungen auf palästinensi-

schem Boden, militärische Massaker an der Zivilbevölkerung im Libanon, die Inhaftierung der palästinensischen Gefangenen, die Sprengung von Häusern, kurzum für alle Repressionen, die mit der Besatzungs- und Expansionspolitik Israels verbunden sind. Während jede Form des palästinensischen Widerstandes als terroristisch verurteilt wird, ist der Terror der politischen und militärischen Führung Israels in den offiziellen Verlautbarungen eine Defensivmaßnahme, um die gefährdete Sicherheit der Bevölkerung zu verteidigen.

Diese Darstellung Israels als »Opfer permanenter Bedrohung« wird durch die Aufzeichnungen von Moshe Sharett gründlich widerlegt, indem er detailliert die Methoden ent-

hüllt«, mit denen Israel in den 50er Jahren Gewalt und Konflikte initiierte, um seine Expansionspolitik zu rechtfertigen.

Das »Persönliche Tagebuch«, geschrieben vom Oktober 1953 bis November 1957, umfaßt die letzten Jahre, in denen Sharett Israels erster Außenminister war, 2 Jahre, in denen er Ben Gurion als Premierminister ablöste, und die ersten 15 Monate nach seinem erzwungenen Rücktritt.

Die Grundhaltung Sharetts, die die Aufzeichnungen prägen, spiegeln sich in folgender Aussage: »Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindseligkeiten, die wir erfunden haben, nachgedacht: über die vielen Rechtsverletzungen unserer Männer – die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen.« (Sharett, zitiert nach Livia Rokach, Israels Heiliger Terror; S.22)

Sharetts Kritik an der politisch-militärischen Führung dieser Zeit war jedoch keineswegs grundsätzlicher Art; auch Sharett war wie Ben Gurion, Dayan oder Lavon (der damalige Verteidigungsminister) überzeugter Zionist, der die territoriale Ausdehnung Israels befürwortete, nur meinte er, dieses Ziel mit anderen taktischen Mitteln, über die »sanften« Methoden der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen erreichen zu können.

Demgegenüber stand die Auffassung der militärischen Führung, daß die Schaffung einer »Belagerungsmentalität« und die »Aufhebung aller moralischen Schranken« in der israelischen Gesellschaft nötig sei, um die zionistische Expansionspolitik verwirklichen zu können.

Dieses Ziel versuchte man durch sogenannte »Vergeltungsschläge« zu erreichen.

»Diese Aktionen«, so Dayan, »sind unser Lebensnerv. Sie ... helfen uns, in der Bevölkerung und der Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten . um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinausschreien, daß er in Gefahr ist.« (Sharett, 26.5.1955, S. 1021)

Sharett schildert in seinem Tagebuch gleich mehrere solcher »Aktionen«, durch die die arabischen Staaten in eine militärische Konfrontation gedrängt werden sollten. Dazu gehörten die Bombardierung westjordanischer Grenzdörfer 1953, der israelische Militärüberfall auf Gaza 1955, gezielte Bewässerungsarbeiten auf Ländereien, die arabischen Bauern gehörten, das Vorgehen militärischer Patrouillenboote gegen syrische Fischer auf dem Tiberius-See oder die Entführung eines syrischen Zivilflugzeuges durch israelische Kriegsflugzeuge am 12. Dezember 1954, das kurz nach dem Start über syrischem Luftraum gekidnappt und zur Landung in Israel gezwungen wurde.

Zu letzterem Vorfall schrieb Sharett an den Verteidigungsminister Lavon: »Es muß Dir klar sein, daß wir keine wie auch immer geartete Rechtfertigung dafür hatten, das Flugzeug zu entführen, und daß wir es – wenn es schon einmal zur Landung gezwungen wurde – sofort hätten freilassen und die Passagiere nicht einem 48-Stunden-Verhör hätten unterwerfen dürfen. Ich habe keinen Grund, an der Wahrheit der Bestätigung des US-Außenministers zu zweifeln, daß unsere Aktion in der internationalen Geschichte einmalig ist.....was mich schockiert, ist die Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit unserer militärischen Führer. Sie scheinen anzunehmen, daß der Staat Israel sich auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen nach den Gesetzen des Dschungels benehmen darf – oder sogar muß.« (Sharett, 22.12.1954, S. 607)

In einer breit angelegten Pressekampagne wurde versucht, die Hintergründe für diese »Welturaufführung der Luftpiraterie« (Livia Rokach) zu vertuschen, indem behauptet wurde: »...daß das syrische Flugzeug gestoppt und zur Landung gezwungen wurde, weil es die israelische Souveränität verletzte und möglicherweise seine Sicherheit gefährdete.« (Sharett, 22.12.1954, S. 607.)

Sharett läßt in seinen Aufzeichnungen keinen Zweifel daran, daß dieses Vertuschungsmanöver dem gängigen Argumentationsmuster entsprach: Nach den Sabotage- oder Mordanschlägen in arabischen Grenzdörfern, meist durchgeführt von Arik Sharons Spezial-Fallschirmjägern, lautete später die offizielle Version, man sei von arabischen Aggressoren auf israelischem Gebiet angegriffen worden und habe diese bis auf feindliches Terrain verfolgt. Die meisten Tatsachen dieser sogenannten »Vergeltungsschläge« blieben einer größeren Öffentlichkeit verborgen.

Die dahinterstehende militärische Strategie der Zionisten faßt Sharett wie folgt zusammen: »Und als Krönung: Hoffentlich gibt es einen neuen Krieg mit den arabischen Ländern, so daß wir vielleicht endlich unsere Sorgen loswerden und unseren Lebensraum erwerben. (Welch em Versprecher: Ben Gurion selbst sagte, daß es sich lohnen würde, einem Araber 1 Million Pfund zu bezahlen, damit er einen Krieg anfängt)« (Sharett, 26.5.1955, S. 1021). Terroristische Aktionen im größeren Maßstab wurden aber auch eingesetzt als Druckmittel gegen den Westen, um die sich zu Beginn der 50er Jahre anbahnenden wirtschaftlichen und militärischen Abkommen mit Ägypten zu verhindern.

Dem Tagebuch beigelegt sind Akten einer israelischen Untersuchungskommission, die sich mit der sogenannten Lavon-Affäre befassen; sie decken die Ziele eines Ringes von ägyptischen Juden auf, die unter dem Kommando israelischer Agenten 1954 in Ägypten britische und amerikanische Kultureinrichtungen, britische Kinos, aber auch öffentliche Einrichtungen (Postämter) sprengten. Der Verdacht wurde gezielt auf die Moslem-Brüderschaften gelenkt.

»Unser Ziel ist, das Vertrauen des Westens in das derzeitige (ägyptische) Regime zu zerstören. . . .Die Aktionen sollen Verhaftungen, Demonstrationen und den Ruf nach Rache verursachen. Der israelische Ursprung soll völlig geheim bleiben, die Aufmerksamkeit jedem anderen möglichen Faktor zugeschoben werden. Der Zweck ist, wirtschaftliche und militärische Hilfe des Westens für Ägypten zu verhindern. Die Wahl der genauen Ziele, die es zu sabotieren gilt, wird den Männern vor Ort überlassen, die die möglichen Konsequenzen jeder Aktion – wie Aufruhr und öffentliche Unruhe schaffen – einschätzen sollen.« (Aus den Akten der Olshandori-Untersuchungskommission, zitiert nach Livia Rokach, S. 67).

Dieser Ring »israelischer Terroristen« wurde schließlich im Juli 1954 entdeckt, den Saboteuren wurde in Kairo der Prozess gemacht. Als Reaktion auf diesen Prozeß begann in Israel eine Medienkampagne, mit der man von der Verantwortung des Verteidigungsministeriums und etlicher Armeeangehöriger ablenkte, indem der Prozeß als Ausdruck einer antijüdischen Verschwörung dargestellt wurde; die Geständnisse habe man unter Folter abgepreßt. Das zentrale Gewerkschaftsorgan der Histadrut, Davar, beschuldigte die ägyptische Regierung einer »Nazi-inspirierten-Politik«.

Auch Moshe Sharett beteiligte sich an dieser Vertuschungskampagne; so erklärte er am 13.12.54 vor den Mit-

gliedern der Knesset: »(...) Oft haben wir in der Vergangenheit von hier aus gegen Verfolgung und falsche Anschuldigungen gegen Juden in verschiedenen Ländern protestiert. Wir sehen in den unschuldigen Juden – von ägyptischen Behörden schlimmer Verbrechen beschuldigt – Opfer einer böswilligen Feindseligkeit gegen den Staat Israel und das jüdische Volk.«

Als schließlich nicht mehr zu leugnen war, daß der »Terror-Ring« in Ägypten tatsächlich von den Israelis aufgebaut worden war, versuchten der Leiter des israelischen Geheimdienstes, Givli, sowie Dayan, Peres und weitere israelische Militärs die Verantwortung einzig dem israelischen Verteidigungsminister Lavon anzulasten. Über diesen Vorgang schreibt Sharett: »(Die Leute) fragen mich, ob ich überzeugt bin, daß er den Befehl gab. . .Aber wir wollen voraussetzen, daß Givli ohne Instruktionen gehandelt hat . . . liegt die moralische Verantwortung nicht trotzdem bei Lavon, der ständig für verrückte Handlungen plädiert und die Führer der Armee die teuflische Lektion gelehrt hat, wie man den Nahen Osten in Brand setzt, Spaltungen verursacht, blutige Konfrontationen herbeiführt, Ziele und Eigentum der Großmächte sabotiert (und) Verzweiflungsakte und Selbstmord (vorspiegelt)?« (Sharett,10.1.1955,S.693)

Diese Strategie Israels konnte allerdings nur deshalb erfolgreich sein, weil sich das Interesse der Zionisten nach »Ausweitung des Lebensraums« mit den Interessen des westlichen Imperialismus – allen voran der USA-nach Kontrolle des Nahen Ostens und nach Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion deckte. Nachdem Ägypten 1955 ein Waffenlieferungsabkommen mit der Tschechoslowakei geschlossen hatte, gaben die USA offiziell grünes Licht für eine massive militärische Aufrüstung Israels, um eine militärische Intervention in Ägypten vorzubereiten.

Sharett kommentiert diese Zusammenhänge recht deutlich: »....jetzt sind die USA daran interessiert, Nassers Regierung zu stürzen, aber zur Zeit trauen sie sich nicht, die in Guatemala (Sturz der linken Regierung von Jacobo Arbenz,1954) und Iran (Sturz der linken Mossadegh-Regierung,1953) angewandten Methoden einzusetzen. Sie ziehen es vor, wenn die Arbeit von Israelgemacht wird.....« (Sharett, 3.10.1955, s. 1186)

Eine deutsche Übersetzung des »Persönlichen Tagebuchs« von Moshe Sharett liegt bislang nicht vor. Alle Zitate stammen aus dem sehr lesenswerten Buch von Livia Rokach, Israels Heiliger Terror; Minotaurus Projekt, 1982.